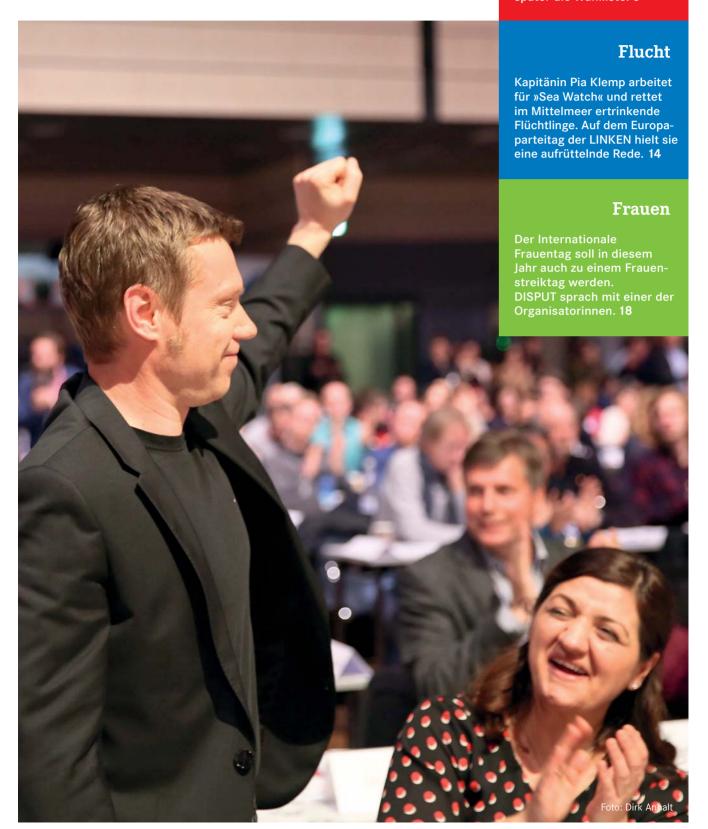
DISPUT MITGLIEDERZEITSCHRIFT DER PARTEI DIE LINKE

MÄRZ 2 EURO

Europa

Der Bonner Parteitag beschloss am 23. Februar das Europawahlprogramm. Die Vertreterinnen- und Vertreterversammlung wenig später die Wahlliste. 3



INHALT



un liegen sie hinter uns, die 2. Tagung des 6. Parteitags und die Vertreterinnen- und Vertreterversammlung. Der Einfachheit halber firmiert das Ereignis hier unter der Bezeichnung Bonner Europaparteitag. Drei Tage lang diskutierten die Genossinnen und Genossen über Programm und Wahlliste. Die Diskussionen, so hitzig sie auch ver-

liefen, blieben fair im Ton und orientiert an der Sache. Derzeit wird in der Bundesgeschäftsstelle noch eifrig getippt, um die beschlossenen Änderungen in den Entwurf einzuarbeiten. Fakt ist: Wir haben ein gutes, kämpferisches Wahlprogramm und eine ausgewogene Wahlliste. Neben dem Parteitag bildet der Frauentag einen zweiten Schwerpunkt in diesem Heft. Insbesondere dem geplanten Frauenstreik gilt das besondere Augenmerk der Redaktion. Im Interview erklärt die Mitbegründerin des Bündnisses Frauenstreik, wie diese Streiks in Deutschland aussehen sollen und warum sie glaubt, dass die Aktionen den Beginn einer größeren Bewegung markieren. Zudem dokumentiert der DISPUT die Rede der Kapitänin Pia Klemp, die an Bord des Seenotrettungsschiffs »Sea Watch 3« viele Geflüchtete vor dem Ertrinken im Mittelmeer gerettet hat und der deswegen

sogar eine Gefängnisstrafe droht. Der Vorsitzende der sächsischen LINKEN, Rico Gebhardt, macht in seinem Beitrag auf Seite 21 deutlich, warum eine »Ost-Quote« als Teil einer Länderquote sogar von der Verfassung geboten ist. Für Gebhardt wäre die Quote auch eine Frage der Wiedergutmachung durch Teilhabe.

Thomas Lohmeier ist Leiter der Bereichs Bürgerdialog, Medien und Öffentlichkeitsarbeit (BMÖ) in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN in Berlin.

DISPUT 03/2019

VOR-GELESEN VON THOMAS LOHMEIER

DISPUT-SCHWERPUNKT EUROPAPARTEITAG

Bericht aus Bonn 3

Das war der Parteitag 4

Katja Kipping: EU-Kritik ist progressiv **6**

Gregor Gysi: Gegen nationale Egoismen **7**

Unsere Liste Kandidaten und Wahlergebnisse **8**

Unsere Spitze Schirdewan und Demirel **10**

Hinter den Kulissen Der Orga-Chef erzählt **11**

Bernd Riexinger: Die EU verändern **12**



FESTUNG EUROPA

Eine Seenotretterin klagt an 14

FRAUENKÄMPFE

Europäische Vorreiterinnen 16

FRAUENSTREIK

Warum am 8. März auf die Straße gehen **18**

FRAUENQUOTE

Brandenburgs Parité-Gesetz ist notwendig **20**

OST-QUOTE

Mehr Führungsjobs für Ostdeutsche **22**

GESCHICHTE

Noskes Berliner Blutbad 28

Foto: Dirk Anhalt

IMPRESSUM DISPUT ist die Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE, herausgegeben vom Parteivorstand, und erscheint einmal monatlich über Neue Zeitungsverwaltung GmbH, Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin REDAKTION Fabian Lambeck, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Telefon: 030 24009510, disput@die-linke.de GRAFIK UND LAYOUT Thomas Herbell DRUCK EVERSFRANK BERLIN GmbH | Ballinstraße 15 | Postfach 470355 | 12359 Berlin ABOSERVICE Neues Deutschland, Druckerei und Verlag GmbH, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Telefon: (030) 29 78 18 00 ISSN 0948-2407 REDAKTIONSSCHLUSS HEFT 3: 1.3.2019. DISPUT 4/2019 erscheint am 28.3.2019.

FEUILLETON 27

NEU IM KINO 29

MÄRZKOLUMNE 31

KULTUR 30

Europa, wir kommen!

In Bonn beschloss die LINKE ihr Europawahlprogramm und kürte die Spitzenkandidaten für den richtungsweisenden Urnengang im Mai VON SARAH MEYERS UND FABIAN LAMBECK



ALLES IM RAHMEN

Die 2. Tagung des 6. Parteitags und die Vertreterinnen- und Vertreterversammlung waren geprägt von Reden und Diskussionen, die trotz aller Vehemenz, mit der sie geführt und ausgetragen wurden, doch stets im Rahmen dessen blieben, was als lebendige Parteikultur verstanden wird. Insofern war das lange Wochenende im Bonner World Conference Center am Ufer des Rheins ein voller Erfolg.

Foto: Martin Heinlein

ie Sonne strahlt und das beschauliche Bonn wirkt freundlich. Doch der schöne Schein trügt, denn es weht ein kalter Wind. Auch der politische Wind hat sich gedreht, ist rauer geworden - in Europa und der Welt. Die Rechte ist auf dem Vormarsch und die Linke, so scheint es zumindest, ist in der Defensive. Unter diesen Vorzeichen stehen der Parteitag und die Vertreterinnen- und Vertreterversammlung der LINKEN, die Europawahlprogramm und Wahlliste beschließen sollen. »We are your friends, you'll never be alone again!« - »Wir sind Deine Freunde, Du wirst nie mehr allein sein!«: Diese Liedzeilen hallen durch den Plenarsaal des Bonner World Conference Centers, der in Rot und frischem Pink erstrahlt. »Erkämpft das Menschenrecht«, steht in großen Lettern über der Bühne. Es klingt wie eine Aufforderung und gleichzeitig wie ein Versprechen. Die Farben und das Licht im Saal vermitteln eine kämpferische Aufbruchsstimmung. Die Delegiertenschar in der Halle ist bunt gemischt: Während Lucia Schnell aus Berlin auf internationale Solidarität setzt und dabei Europa, ebenso wie Europa-Kritik, nicht den Rechten

überlassen will, möchte Dennis Lander aus dem Saarland in erster Linie innenpolitisch gegen Armut kämpfen. Roberto Hallop teilt mit Lucia den Kampf gegen den Rechtsruck. Für ihn ist an diesem Wochenende eine ganz besondere Motivation aber, dass er sich wie »ein kleines Zahnrad in einem großen Getriebe« fühlen kann. Julian Theiß und Lena Binsack setzen auf die europäische Jugend. Sie wollen ihre Zukunft nicht länger in die Hände von anderen legen und Europa endlich mitgestalten. Dass die LINKE immer jünger und weiblicher wird, sehen sie als klaren Vorteil. Nicht nur die Welt, auch die LIN-KE befindet sich im Umbruch. Den Kampf für soziale Gerechtigkeit hat aber niemand aufgegeben.

Großer Applaus für Klemp

Bereits im Vorfeld hatte der Parteivorstand aus der Einleitung des Programmentwurfs die Formulierung gestrichen, wonach die Grundlagen der EU »militaristisch, neoliberal und undemokratisch« seien. Trotzdem wird in Bonn leidenschaftlich

diskutiert. So gibt es keine Mehrheit für den Antrag, die umstrittene Formulierung wieder in den Text aufzunehmen. Ebenso wenig wie für den Vorstoß des Forums Demokratischer Sozialismus zur »Republik Europa«. Trotz aller Diskussionen beschließen die rund 600 Delegierten am Sonnabend mit großer Mehrheit das Programm für den Wahlkampf.

Nach kurzer Unterbrechung und minimalem Personalwechsel beginnt die Vertreterinnen- und Vertreterversammlung. Die Genossinnen und Genossen folgen, zumindest was die aussichtsreichsten ersten acht Listenplätze betrifft, den Vorschlägen des Bundesausschusses, der bereits am 17. November 2018 eine Vorschlagsliste mit insgesamt 14 Kandidatinnen und Kandidaten erstellt hatte.

Großen Applaus für ihre Reden erhalten nicht nur die Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger, EL-Präsident Gregor Gysi oder Fraktionschef Dietmar Bartsch, sondern auch Pia Klemp, die als Kapitänin für die Seenotretter von Sea-Watch arbeitet. Ihre bewegende Rede steht unter dem Motto: Europa darf keine Festung sein und Menschenrechte sind unteilbar!











Fotos: Martin Heinlein, Dirk Anhalt

iese Ausgabe des DISPUT erscheint nach einem langen, anregenden und fordernden Wochenende, an dem wir uns auf dem Europaparteitag in Bonn intensiv mit Personal-, Sach- und Detailfragen beschäftigt haben.

Nachdem jetzt unser Programm und die Liste stehen, möchte ich Euch einladen, den Blick auf etwas Grundsätzliches zu lenken: Die große Frage, warum uns Menschen eigentlich wählen. Nicht die Fachleute und Aktivist*innen, die gründlich die Programmpassagen und Wahlprüfsteine der verschiedenen Parteien vergleichen. Nicht die Insider*innen, die sich ausführlich informieren, wofür unsere Kandidat*innen persönlich stehen. Sondern die große Mehrheit. Und diese Frage stellt sich in Europa anders als auf nationaler Ebene. In Deutschland ist den Menschen klar: DIE LINKE steht für soziale Gerechtigkeit. Wir sind die glaubwürdigsten Vertreter*innen eines sozialen Gegenentwurfs. Für Europa müssen wir diese Erzählung in neue Begriffe übersetzen. Denn, was »Soziale Gerechtigkeit« aus linker Sicht auf europäischer Ebene bedeutet, ist den Wähler*innen viel weniger deutlich. Der gesellschaftliche Diskurs schwankt hier zwischen »seid ihr für Europa (mit all seinen sozialen Zumutungen)? oder gegen Europa (und wie wollt ihr dann etwas Soziales erreichen, wenn ihr den Laden doch eh komplett abschaffen wollt)?«. Nicht umsonst sind unsere Ergebnisse auf europäischer Ebene bislang spürbar unter denen auf Bundesebene. Diese Frage wahlwirksam zu beantwor-

ten, ist eine Aufgabe, die auch das beste Programm nicht erfüllen kann. Denn ein Programm ist notwendigerweise ausführlich und komplex. Es ist angefüllt mit Antworten auf Detailfragen für die Insider*innen, Aktivist*innen und Fachleute. Auch ein Nachschlagewerk für die Genoss*innen am Infostand und die Aktiven beim Haustürwahlkampf. Aber nicht das, was die Mehr-



JÖRG SCHINDLER

Eine klare Antwort

heit der Menschen von uns in diesem Wahlkampf mitbekommen wird. Um hier durchzudringen und gut positioniert zu sein, brauchen wir eine einfache, klare und eindeutige Antwort. Eine Losung, die zutreffend, aber auch auf Anhieb verständlich ist. Die wir bis zum 26. Mai tausende Male in allen Zusammenhängen wiederholen können, bis jede*r unserer Wähler*innen weiß, wofür wir in Europa stehen.

Ich schlage dazu die folgende kurze Erzählung vor:

Die Reichen und Mächtigen und ihre Lobbvist*innen zocken um Europa. Sie wollen die EU nach ihren Interessen formen und Parteien, die unkritisch »für Europa« sind, spielen dabei mit. Rechtspopulist*innen wollen den Spieltisch umwerfen. Aber was dabei herauskommt, wenn sich rechte Rowdys mit geprellten Zockern um die Trümmer streiten, kann man sich vorstellen. Aber was, wenn die Spielfiguren selbst vom Tisch aufstehen und den Spieler*innen die Würfel aus der Hand nehmen? Wenn sie die Regeln in Frage stellen und neue Wege der Verteilung der Einsätze vereinbaren? Sehen Sie die kleinen roten Fahnen, die einige der Figuren auf dem Tisch in der Hand halten? Das sind wir. Da ist DIE LINKE. In Kürze: Wir kämpfen für ein Europa. in dem die Interessen der Menschen über den Profitinteressen stehen. Was wir mit Europa vorhaben? Es den Menschen zurückgeben!

Auf dieser Grundlage können wir dann über die Details unserer Reformpolitik auf EU-Ebene reden.

Deutlich mehr als ein Detail ist das Engagement der LINKEN im Frauen*streik am 8. März. Noch immer werden vorwiegend Frauen umfassend und selbstverständlich für Tätigkeiten im »Care-Bereich«, also z.B. Erziehungs-, Haushalts- und Pflegearbeit eingespannt, erhalten dafür aber weder angemessenen Respekt noch angemessene Bezahlung. Dazu sagen Frauen in aller Welt: »Wir lassen uns das nicht länger gefallen! Wir streiken!« Wir LINKEN setzen passend zu unserer Kampagne einen Schwerpunkt zum Bereich Pflege. Und das verspricht ein voller Erfolg zu werden. Die Beteiligung an Aktionen in den Kreisverbänden wird das vorige Jahr noch übertreffen - zum Redaktionsschluss sind 549 Aktionen in ca. 171 Kreisverbänden gemeldet. Das zeigt zweierlei: Die Pflegekampagne hat in unserer Partei kein bisschen an Fahrt verloren und die Kampagnenfähigkeit unserer Partei wächst Jahr für Jahr. Grund genug, um mit Optimismus in die Wahlkämpfe dieses Jahres zu gehen.

lörg Schindler ist Bundesgeschäftsführer der LINKEN

Fotos: Mark Mühlhaus/attenzione, DIE LINKE



Liebeserklärung an Europa

KATJA KIPPING will Kritik nicht den EU-Feinden überlassen

er heutzutage so etwas sagt wie: Europa muss sozial werden oder es scheitert, wird schnell als Europafeind abgestempelt. Ich frage deshalb: Was ist die größere Liebeserklärung an Europa? Sich kritisch mit Fehlern auseinandersetzen oder über alle Fehler hinwegzusehen? Ich meine, auf eine andere EU hinzuarbeiten, ist die größere Liebeserklärung an Europa als zuzulassen, dass die EU so bleibt, wie sie ist. Denn der jetzige Zustand der EU spielt den Rechten und den Marktradikalen in die Hände. Und das dürfen wir nicht zulassen. In einem darf es bei unser Kritik jedoch

diesem Kontinent. Es sind vielmehr die Kräfte der Solidarität, die Mut machen auf ein anderes Europa. So retten engagierte Aktivistinnen und Aktivisten z. B. von »Seawatch« Flüchtende vorm Ertrinken. Fortschrittliche Stadtregierungen, darunter Berlin, haben ein Netzwerk der solidarischen Städte gegründet, um sich für die Aufnahme der Geretteten einzusetzen. Sie beweisen, es ist nicht egal, wer regiert. Ein anderes Europa ist möglich, wenn in Rathäusern und Parlamenten andere Mehrheiten herrschen und wenn sich deren Arbeit verbindet mit dem Einsatz der Vielen, die schon in Bewegung

den Rechten und den en in die Hände. Und ir nicht zulassen. In eigei unser Kritik jedoch der Vielen, die schon in Bewegung der Vielen, die sch

Foto: Martin Heinlein

keinerlei Zweideutigkeit geben: Wir wollen kein Auseinanderbrechen der EU. Wenn wir die konkrete EU-Politik kritisieren, dann niemals mit dem Ziel, dass es zurück in das Nebeneinanderher von Nationalstaaten geht. Als Sozialistinnen und Sozialisten wollen wir kein Zurück in die Vergangenheit. Vielmehr kämpfen wir um eine bessere Zukunft.

Rechte wie Neoliberale haben nichts zu bieten für die Zukunft auf sind. Wenn die nationalen Regierungen es nicht wollen, dann fangen die fortschrittlichen Städte an, so gut sie eben können. Und dass sie anfangen, ist großartig. Ein Dank nach Neapel, nach Barcelona und nach Berlin. So geht Regieren in Bewegung! So geht Europa solidarisch und von unten!

Konzerne wie Google und Amazon lachen sich ins Fäustchen angesichts der Handlungsunfähigkeit der EU. Sie machen riesige Profite

u.a. mit den Daten, die wir dort täglich einspeisen. Aber dann drücken sie sich mit Tricks vor ordentlichen Steuern. Ich sage deshalb: Wer Europa wirklich will, muss die Konzerne an die Kandare nehmen und gerecht besteuern! Veränderung beginnt vor Ort. Dass die Öffentliche Hand durchaus etwas tun kann für Steuergerechtigkeit, hat DIE LINKE hier in Bonn bewiesen. Sie hat durchgesetzt, dass die Stadt zwei Betriebsprüfer einstellt. Im Ergebnis sind die Einnahmen bei der Gewerbesteuer gestiegen (650.000 Euro in 2017). Liebe Bonner LINKE, ihr habt im Kleinen bewiesen: Die Öffentliche Hand ist nicht wehrlos gegenüber Unternehmen, die bei der Steuer tricksen! Das ist nur ein Beispiel von vielen, das zeigt, DIE LINKE macht in den Kommunen den Unterschied, Lasst uns das auch bei den Kommunalwahlen immer wieder deutlich machen. Veränderung beginnt vor Ort! Und DIE LINKE macht den Unterschied!

Wer Rechts verhindern will, muss Links wählen! Das gilt auch für die drei ostdeutschen Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Was haben Ostdeutsche und Frauen bundesweit gemeinsam? Sie müssen im Durchschnitt deutlich länger arbeiten, um auf das gleiche Einkommen zu kommen, wie ein männlicher westdeutscher Beschäftigter. Ein Ostdeutscher muss im Durchschnitt 38 Tage im Jahr länger schuften, um das gleiche Einkommen zu erarbeiten. 30 Jahre nach dem Mauerfall muss diese soziale Mauer fallen. Gleiche Löhne in Ost und West sind auch eine Frage des Respekts! Respekt - dabei geht es auch um die Art, wie über ostdeutsche Erfahrungen gesprochen wird. 30 Jahre nach dem Mauerfall ist es überfällig, dass die Ignoranz gegenüber ostdeutschen Erfahrungen abgelegt wird und der Bereitschaft weicht, auch mal anzuhören. Respekt für den Osten - dafür stehen wir, DIE LINKE.

Die EU als Chance

GREGOR GYSI wandte sich in seiner Rede gegen nationale Egoismen

'as setzen wir gegen den nationalen Egoismus? Eine neue Solidarität. Denn die soziale Frage ist eine globale Frage geworden. Die großen Konzerne und die großen Banken haben eine Weltwirtschaft begründet. Und sie sind ja auch froh. Es gibt ja keine funktionierende Weltpolitik, die sie regulieren kann. Umso besser. So können sie machen, was sie wollen. Dort, wo sie Schäden anrichten, sind wir ja alle da - die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler - und bezahlen das. Das finden sie natürlich auch toll. Aber sie haben zwei Dinge mit angerichtet, auf die sie nicht gekommen sind: Wir haben doch in Europa so gelebt wie wir in Europa gelebt haben, weil viele Menschen in Afrika gar nicht gewusst haben, wie wir leben. Sein wir doch mal ehrlich. Nun haben sie aber das Handy erfunden und das Internet. Und nun gibt es den weltweiten Lebensstandardvergleich. Das ist neu. Die soziale Frage war immer schon auch eine internationale. Aber sie war vornehmlich eine nationale. Und deshalb sage ich: Wer denn sonst, wenn nicht wir LINKEN, müssen auf die soziale Frage der Menschheit eine Antwort suchen, finden und geben? Das ist unsere Aufgabe! Ich sage also, dass diese Frage, die soziale Frage, neben dem Klimawandel die neue Herausforderung des 21. Jahrhunderts ist. Wer. wenn nicht wir! Die anderen Parteien können doch über ihre Obergrenzen Debatten führen, solange sie wollen. Das ist nicht unsere Aufgabe. Wir müssen die Ursachen der Fluchtbewegung und die notwendigen Schritte dagegen benennen und eben die soziale Frage für unsere Gesellschaft, aber auch für Europa und die Menschheit beantworten! Im Kern geht es neben der Friedensfrage darum, ob die Demokratie weiter marktkonform zugerichtet und damit in ihrem Wesen zerstört wird, oder ob wir auf demokratischem Wege Märkten und Kapital Regeln festsetzen können, um die



Foto: Martin Heinlein

Interessen der Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen.

Der Kapitalismus hat nach dem Ende des Staatssozialismus, nach dem Ende des Kalten Krieges keinen Grund mehr, besonders sozial zu sein. Die Agenda 2010, prekäre Beschäftigung, Niedriglohnsektor... Wir haben den größten Niedriglohnsektor in Deutschland im Vergleich zu den anderen Ländern der Europäischen Union. Das alles ist Ergebnis davon und wurde übrigens von SPD und Grünen beschlossen. Jahrzehnte des Neoliberalismus haben wir hinter uns. Schon 1996, mehr als 10 Jahre vor der Finanzkrise, sagte der damalige Bundesbankpräsident Tietmeyer in Davos, er habe bisweilen den Eindruck, »dass sich die meisten Politiker immer noch nicht im Klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden«. Er meinte das allerdings nicht kritisch, sondern bestätigend. Wir sollten das kritisch sehen. Wir brauchen wieder eine Priorität der Politik, denn Demokratie, wenn es sie überhaupt gibt, gibt es sie nur in der Politik, nicht aber auf den Finanzmärkten. Deshalb müssen nicht die Finanzmärkte entscheiden was die Politik macht, sondern die Politik entscheiden, was auf den Finanzmärkten erlaubt ist. So herum muss es laufen!

Gerade weil die Rechte national und europäisch an dieser neoliberalen Zerstörung der Demokratie anknüpft und demokratische Strukturen und Grundrechte direkt angreift, müssen wir auch auf europäischer Ebene dagegenhalten. DIE LINKE muss das Gegenüber zum Rechtspopulismus und zum Rechtsextremismus sein und bleiben! Deshalb kämpfen wir für ein Europa und für eine EU mit sozialer Gerechtigkeit, Frieden, Demokratie und Freiheit. Und dann können wir die EU nicht als notwendiges Übel sehen, sondern müssen sie als Chance begreifen, Veränderungen gemeinsam mit anderen Linken und auch darüber hinaus in Europa zu erkämpfen! Wir können und müssen die Menschen für unseren Weg in ein linkes Europa begeistern.

Unser Team Europa

Die Wahlergebnisse der Vertreterinnen- und Vertreterversammlung im Überblick

Listenplatz 1 und 2 -

Spitzenkandidat und Spitzenkandidatin

475 abgegebene Stimmen, 35 Enthaltungen, 2 ungültige Stimmen

Martin Schirdowan, 301 Stimmen (82.3 Prozen

Martin Schirdewan: 391 Stimmen (82,3 Prozent)

Tavassoli Bijan: 47 Stimmen (9,9 Prozent)

Gewählt: Martin Schirdewan

474 abgegebene Stimmen, 27 Enthaltungen 400 Ja-Stimmen (84,4 Prozent), 47 Nein-Stimmen (9,9 Prozent)

Gewählt: Özlem Alev Demirel ohne Gegenkandidatin

Listenplatz 3

474 abgegebene Stimmen, 473 gültige Stimmen, 1 ungültige Stimme, 35 Enthaltungen 383 Ja-Stimmen (80,8 Prozent), 55 Nein-Stimmen (11,6 Prozent)

Gewählt: Cornelia Ernst ohne Gegenkandidatin

Listenplatz 4

467 abgegebene Stimmen, 5 Enthaltungen Aggelidis, Michael: 69 Stimmen (14,6 Prozent) Erhardt, Michael: 114 Stimmen (24,1 Prozent) Moritz, Werner: 6 Stimmen (1,3 Prozent) Nitzler, Wolfgang: 2 Stimmen (0,4 Prozent) Scholz, Helmut: 276 Stimmen (58,2 Prozent)

Gewählt: Helmut Scholz

Listenplatz 5

458 abgegebene Stimmen, 10 Enthaltungen Benda, Judith: 100 Stimmen (21,8 Prozent) Michels, Martina: 216 Stimmen (47,1 Prozent) Scheringer-Wright, Johanna: 79 Stimmen (17,2 Prozent) Steffgen, Susanne: 53 Stimmen (11,5 Prozent) Stichwahl

417 abgegebene Stimmen, 14 Enthaltungen Benda, Judith: 153 Stimmen (36,7 Prozent) Michels, Martina: 250 Stimmen (59,9 Prozent)

Gewählt: Martina Michels

Listenplatz 6

464 abgegebene Stimmen, 1 Enthaltung
Al-Dailami, Ali: 244 Stimmen (52,6 Prozent)
Atalan, Aziz: 3 Stimmen (0,7 Prozent)
Erhardt, Michael: 96 Stimmen (20,7 Prozent)
Hansen, Kevin-Christopher: 3 Stimmen (0,7 Prozent)
Ostendarp, Herbert: 4 Stimmen (0,8 Prozent)
Petzold, Harald: 76 Stimmen (16,4 Prozent)
Yilmaz, Murat: 35 Stimmen (7,5 Prozent)
Gewählt: Ali Al-Dailami



Foto: Martin Heinlein



Foto: Dirk Anhalt

Listenplatz 7

442 abgegebene Stimmen, 34 Enthaltungen, 1 ungültige Stimme Haydt, Claudia: 318 Stimmen (71,9 Prozent) Steffgen, Susanne: 89 Stimmen (20,1 Prozent) Gewählt: Claudia Haydt

Listenplatz 8

441 abgegebene Stimmen, 32 Enthaltungen 374 Ja-Stimmen (84,8 Prozent), 35 Nein-Stimmen

Gewählt: Malte Fiedler ohne Gegenkandidaten

Listenplatz 9

432 abgegebene Stimmen, 9 Enthaltungen Benda, Judith: 143 Stimmen (33,1 Prozent) Kolter, Marianne: 151 Stimmen 34,9 Prozent) Scheringer-Wright, Johanna: 76 Stimmen (17,6 Prozent) Steffgen, Susanne: 53 Stimmen (12,2 Prozent) Stichwahl 435 abgegebene Stimmen, 10 Enthaltungen,

1 ungültige Stimme

Benda, Judith: 181 Stimmen (41,6 Prozent) Kolter, Marianne: 242 Stimmen (55,6 Prozent)

Gewählt: Marianne Kolter

Listenplatz 10

433 abgegebene Stimmen, 15 Enthaltungen Dolzer, Martin: 74 Stimmen (17,1 Prozent) Gottschall, Heiko: 92 Stimmen (21,3 Prozent) Neumann, Jens: 86 Stimmen (19,9 Prozent) Reimers, Maximilian: 55 Stimmen (12,7 Prozent) Yilmaz, Murat: 111 Stimmen (25,6 Prozent) Stichwahl

435 abgegebene Stimmen, 10 Enthaltungen, 1 ungültige Stimme

Gottschall, Heiko: 172 Stimmen (40,5 Prozent) Yilmaz, Murat: 214 Stimmen (50,4 Prozent) Gewählt: Murat Yilmaz

Listenplätze 11 bis 20

Auf der Frauenliste gewählt: Listenplatz 11: Sarah Mirow Listenplatz 13: Heidi Scharf Listenplatz 15: Kathrin Flach Gomez Listenplatz 17: Anna-Maria Dürr Listenplatz 19: Susanne Steffgen Auf der gemischten Liste gewählt: Listenplatz 12: Keith Barlow Listenplatz 14: Hannes Nehls Listenplatz 16: Fotis Matentzoglou Listenplatz 18: David Schwarzendahl

Listenplatz 20: Florian Wilde

»Europa geht nur solidarisch«

Aus den Bewerbungsreden der beiden in Bonn gewählten Spitzenkandidaten MARTIN SCHIRDEWAN und ÖZLEM DEMIREL

MARTIN SCHIRDEWAN

Der promovierte Politikwissenschaftler wurde 1975 in Berlin (Ost) geboren. Seit November 2017 ist er als Abgeordneter im Europäischen Parlament zuständig für Wirtschafts- und Währungsfragen sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz.

Wir wissen, dass die soziale Ungleichheit in der EU in den letzten Jahren drastisch zugenommen hat. Die Jugendarbeitslosigkeit im Süden Europas beträgt noch immer 30 Prozent. Ein Fünftel der Älteren ist von Altersarmut betroffen oder bedroht. Und seitdem Angela Merkel Kanzlerin ist, hat sich allein in Deutschland die Zahl der Kinder in Armut auf der einen Seite und die der Vermögensmillionäre auf der anderen Seite verdoppelt. Die Armut der einen ist der Reichtum der anderen. Geändert werden kann das nur durch einen grundlegenden Politikwechsel auf europäischer Ebene. Und genau dafür braucht es eine starke Linke im Europäischen Parlament. Alle, die in Europa leben, haben doch das Recht darauf, ein Leben frei von Armut und Existenznot zu führen. Jede Europäerin und jeder Europäer hat das Recht darauf, ein gutes Leben zu führen. Aber dieses Recht muss jeden Tag wieder erkämpft werden. Deshalb fordern wir armutsfeste Mindestlöhne und eine europäische Arbeitslosenversicherung. Und deshalb streiten wir gemeinsam mit den Gewerkschaften für gute Arbeit in Europa. Für diesen radikalen Kurswechsel in der europäischen Politik braucht es einen Bruch mit der falschen Sparund Kürzungspolitik, die die Un-



Foto: Martin Heinlein

gleichheit immer weiter vergrößert. Denn wir wissen: Europa geht nur solidarisch.

ÖZLEM DEMIREL

Kam als Tochter einer politischen Flüchtlingsfamilie 1989 aus der Türkei nach Deutschland. Die ver.di-Gewerkschaftssekretärin war Parlamentarische Geschäftsführerin der NRW-Landtagsfraktion DIE LIN-KE sowie Bundesvorsitzende der DIDF (Föderation demokratischer Arbeitervereine e.V.).

Sind sie für oder gegen Europa? Sind sie Europäerin? Bekennen sie sich zur EU? Das sind ernsthaft Fragen, die mir gestellt werden. Mir! Während ein Herr Schäuble oder eine Frau Merkel, die Griechenland erpresst haben, die anderen Ländern eine brutale Kürzungspolitik auf dik-

tiert haben, als überzeugte Europäer gefeiert werden. Nein, wir spielen dieses Spiel nicht mit. Uns geht es um reale Verbesserung nicht um abstrakte Symbole. Europa - das ist für mich die Seebrückenbewegung. Europa sind die Kolleginnen und Kollegen bei Amazon, bei Ryan Air, die über nationale Grenzen hinweg streiken. Europa das sind Mieter*innenbewegungen hier, in Spanien und in anderen Ländern EU. Das Europa, für das ich stehe, ist das Europa der Millionen, nicht der Konzerne. Liebe Genossinnen und Genossen, in unserer Kritik geht es um nicht weniger als um eine Wirtschafts- und Politikordnung, welche permanente Ungerechtigkeiten produziert. Deshalb lasst uns diesen Wahlkampf zu einem Wahlkampf für Gerechtigkeit machen. Zu einem Wahlkampf für soziale Errungenschaften, für Menschenrechte und für Frieden. Wir akzeptieren nicht. dass die EU Menschen im Mittelmeer ertrinken lässt, dass die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinanderdriftet und dass unsere Umwelt nachhaltig zerstört wird für die Profitinteressen einiger weniger! ◀

Wir sind Teil der Bewegung

Die EU muss verändert werden, damit sie den Menschen und nicht nur den Konzernen dient VON BERND RIEXINGER



Foto: Martin Heinlein

ass die Politik der Europäischen Union (EU) seit Jahrzehnten neoliberal geprägt ist, entspringt keinem Naturgesetz, sondern resultiert aus verfestigten Kräfteverhältnissen, etwa zwischen Kapital und Arbeit und zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten. Aufgrund dieser Kräfteverhältnisse sind die Verträge und Institutionen der EU darauf ausgerichtet, die weltweit wettbewerbsfähigste Region zu schaffen in globaler Konkurrenz mit den USA und China. Von der neoliberalen Verfasstheit der EU profitieren in erster Linie hiesige Großkonzerne und Banken, die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung werden hingegen durch sie verletzt. Mit dieser EU wird DIE LINKE keinen Frieden machen. Doch auch eine Rückkehr zum Nationalstaat, wie von der extremen Rechten propagiert, bietet den Lohnabhängigen keine Lösung; sie bleiben den Widrigkeiten der globalen Standortkonkurrenz ausgesetzt. Ein sozialer und demokratischer Neustart der EU ist notwendig. Voraussetzung hierfür ist eine grundlegende Veränderung der Kräfteverhältnisse: einerseits durch linke Regierungen in den mächtigen Ländern wie Deutschland und Frankreich, andererseits durch Gewerkschaften und soziale Bewe-

gungen, die machtvoll über Ländergrenzen hinweg mobilisieren und Druck erzeugen können.

Im Vorfeld der Europawahlen versuchen erneut einige Medien, die politischen Positionen der Parteien zu sortieren anhand der simplen Frage: Bis du für oder gegen die EU? Diese schablonenhafte Verkürzung spielt den bürgerlichen Parteien in Hände, weil sie eine Debatte darüber verhindert, wie die EU verändert werden muss, damit sie den Menschen und nicht nur den Unternehmen dient. Schließlich ist die EU heute sozial und wirtschaftlich so tief gespalten wie noch nie seit ihrer Gründung ein Nährboden, auf dem bislang vor allem rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien wachsen.

SPD und Grüne inszenieren sich als konsequent pro-europäische Parteien. Tatsächlich aber schlagen sie nur kosmetische Korrekturen an der Ausrichtung der EU vor. Das greift zu kurz, denn soziale Gerechtigkeit und wirksamer Klimaschutz sind nur zu verwirklichen, wenn die EU grundlegend verändert wird. CDU und CSU, angeführt von Bundeskanzlerin Angela Merkel, benutzen die Abgrenzung von der gefährlichen Politik des US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump, um mit dem Argument,

die Unabhängigkeit gegenüber den USA zu vergrößern, die neoliberale Ausrichtung der EU zu verstärken. Merkels Mantra von Wohlstand und Sicherheit durch mehr Wettbewerbsfähigkeit steht in scharfem Kontrast zur Realität.

So wurde in den letzten Jahrzehnten gezielt eine staatliche Ebene geschaffen, zu der die Lohnabhängigen, ihre Gewerkschaften und linke Parteien nur schwer Zugang haben, solange sie national organisiert bleiben. Über diese Ebene der europäischen Institutionen wurde und wird die demokratische Einflussnahme auf wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ausgehebelt. Der Druck auf Löhne. Sozialstandards und die öffentliche Daseinsvorsorge bleibt fest verankert im europäischen Institutionengefüge und den ihr zugrunde liegenden Verträgen.

Dafür gibt es viele Beispiele, drei stechen beispielhaft hervor: Die Macht und die Funktionsweise der EU-Kommission begünstigt die politische Einflussnahme durch Großkonzerne, die Europäische Zentralbank (EZB) handelt jenseits wirksamer demokratischer Einflussnahme und im Fiskalpakt wurden mittels Schuldenbremsen die Gestaltungsmöglichkeiten nationaler und regionaler Parlamente beschnitten. Geändert werden kann diese Ausrichtung nur durch gezielten Vertragsbruch oder durch andere Mehrheitsverhältnisse in allen Mitgliedsstaaten der EU. Hinzu kommt, dass die neoliberale Konstruktion der Eurozone bewirkt, dass unter dem Druck zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit vor allem schwächere Volkswirtschaften leiden, während die deutsche Exportindustrie davon profitiert.

Angesichts der herrschenden Kräfteverhältnisse, die gegenwärtig grundlegenden Veränderungen entgegenstehen, stellen sich für DIE LINKE zwei Aufgaben. Zum einen setzen wir uns für jede konkrete Verbesserung auf europäischer Ebene ein,

die der Mehrheit der Bevölkerung nutzt. Wir schlagen vor, dass europäische Mindeststeuersätze für Superreiche und Unternehmen eingeführt werden, um den Betrug an der Allgemeinheit durch Steuerdumping zu unterbinden. Wir plädieren für massive Investitionen in Klimaschutz und gute Arbeitsplätze als Alternative zur neoliberalen Kürzungspolitik. Und wir fordern, dass die EZB in Zukunft den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft und das Ziel der Vollbeschäftigung fördert statt die Wettbewerbsfähigkeit zugunsten der Konzerne

Zum anderen setzen wir uns – auch außerhalb der Parlamente – ein für radikale Reformen der EU. Ein neuer Verfassungsprozess zur Demokratisierung der EU ist notwendig, damit soziale Rechte Vorrang vor der Freiheit des Marktes bekommen, Konzerne demokratisch kontrolliert und das Europäische Parlament zum eigentlichen Gesetzgeber wird.

Erfolgreiche linke Politik muss an die Alltagserfahrungen der Menschen anknüpfen. Einer Befragung der Hans- Böckler-Stiftung zufolge sehen nur 14 Prozent der Menschen in Deutschland die Mitgliedschaft in der EU negativ. Etwa ein Drittel der Geringverdienenden ist der Meinung, dass in der EU die Nachteile die Vorteile überwiegen. Eine Mehrheit von 83 Prozent der Bevölkerung befürwortet eine Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit. Zugleich gibt es starke Kritik daran, wie die EU handelt. Eine Mehrheit der Menschen erwartet, dass die EU den Frieden in Europa sichert, Konzerne stärker besteuert, die Rechte der Beschäftigten stärkt, Armut bekämpft und mehr für Klimaschutz tut.

An diese Erwartungen an ein besseres Europa werden wir im Wahlkampf anknüpfen. Wir fordern höhere Steuern für Konzerne und Reiche und höhere Löhne und soziale Absicherung für alle. Nur wenn Superreiche und Konzerne angemessen be-

steuert werden, ist eine Gerechtigkeitswende finanzierbar. Wir kämpfen für mehr Geld für Bildung, Pflege und bezahlbares Wohnen. Wir setzen uns ein für Abrüstung und Diplomatie; eine europäische Armee ist das Gegenteil von europäischer Friedenspolitik.

Mit unserem Sofortprogramm für Klimagerechtigkeit bringen wir wirksamen Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zusammen. Notwendig sind umfangreiche Investitionen in die Energie- und Mobilitätswende, in regionale Wirtschaftskreisläufe und in den sozial-ökologischen Wohnungsbau. Statt die Abhängigkeit vom Automobil zu verfestigen, setzen wir uns ein für bezahlbare Bahnpreise und kostenfreien Nahverkehr in

Europas Städten. Wir werben für einen umfassenden ökologischen Umbau der Industrie, inklusive Arbeitszeitverkürzung und Einkommensgarantien für die Beschäftigten.

Hoffnung auf ein soziales Europa speist sich aus den europäischen Streiks der jüngeren Vergangenheit, bei Ryanair und Amazon. Hoffnung auf ein gerechtes Europa resultiert aus den vielfältigen Initiativen für bezahlbare Mieten und der Solidaritätsbewegung mit Geflüchteten. Hoffnung auf ein ökologisches Europa machen die Schülerinnen und Schüler, die für Klimaschutz streiken. DIE LINKE geht mit einer klaren Botschaft in diesen Wahlkampf: Wir sind Teil der Bewegung für ein besseres Europa.





Die Würde Europas ertrinkt

Wenn Menschenrechte nicht universell und unveräußerlich für alle gelten, dann gelten sie für niemanden VON PIA KLEMP



Foto: Dirk Anhalt

iebe Menschenrechtsfundamentalistinnen und Menschenrechtsfundamentalisten, vielen Dank, dass ich hier heute sprechen darf. Ich hätte mich sehr gefreut, wenn ich hier auf Eurem Europaparteitag sagen könnte, es geht nur um Europa, um die sogenannten europäischen Werte und all das. Es geht mir leider auch nicht darum, dass ich und andere freiwillige Seeleute möglicherweise für bis zu 20 Jahre in Europa ins Gefängnis müssen, weil wir uns strikt an internationales Recht gehalten haben. Es ist viel schlimmer. Es geht um einen Grundsatz, der gerade in diesem Land 74 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz und 70 Jahre nach der Verabschiedung der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte nicht zur Debatte stehen dürfte. Es geht darum, dass jedes Menschenleben gleich viel wert ist.

Ich war Kapitänin des Rettungs-

schiffes »Iuventa« im Mittelmeer. Ich war auch dabei, als es im August 2017 unter fadenscheinigen Gründen in Italien beschlagnahmt wurde, wo es seitdem an der Kette liegt. Ein Schiff, mit dem allein über 14.000 Menschen in Seenot das Leben gerettet wurde. Als Kapitänin der »Sea-Watch« fuhr ich weitere Rettungseinsätze, sah nicht nur Menschen elendig ertrinken, sondern auch alltäglich Menschenrechtsverletzungen im Mittelmeer. Wir wurden Zeugen davon, was Frauen, Männer und Kinder auf sich nehmen müssen, wenn ihnen sichere Einreisewege verwehrt werden, davon, wie Flüchtlingsboote von europäischen Kriegsschiffen ignoriert werden und libysche Milizen brutal Menschen entführen.

Wir bergen Flüchtende von seeuntauglichen, überfüllten Schrottbooten und nehmen sie auf. Manchmal zu spät. Tagelang fuhr ich mit einem

zweijährigen toten Jungen in der Tiefkühltruhe in internationalen Gewässern auf und ab, weil kein europäisches Land ihn retten wollte, als es noch möglich war und sie uns dann einen Hafen verwehrten. Seine Mutter war auch bei uns an Board - lebendig. Was sage ich einer traumatisierten Frau, deren Kind da in meinem Gefrierschrank liegt über den Friedensnobelpreisträger EU. Die Europäische Union setzt seit Jahren auf Migrationsabwehr. Sie lässt Menschen wissentlich ertrinken, macht Flüchtende und Migrantinnen und Migranten zu Illegalen, finanziert libysche Milizen, die in unserem Namen Menschen in Internierungslager verschleppen, in denen ihnen Deportation, Vergewaltigung, Folter oder der Tod drohen. So sehen die Realität und die Normalität europäischer Außengrenzen aus.

Als Folge einer gezielten Abschot-

tungsstrategie bleibt das Mittelmeer die tödlichste Grenze der Welt. Und innerhalb Europas wird die Hilfe für Menschen auf der Flucht blockiert und kriminalisiert. Vor Malta und Italien spielen sich wochenlange Hängepartien ab. Gerettete müssen tagelang an Bord eines Schiffes bleiben, bis sich europäische Staaten finden, auf die die wenigen Flüchtenden verteilt werden. NGO-Schiffe werden rechtswidrig in Häfen festgesetzt, Flaggen werden entzogen, offizielle Dokumente angezweifelt, und die Besatzung sieht sich mit hanebüchenen Vorwürfen von Schlepperei konfrontiert. Aus Angst vor solchen Situationen und vor potentieller Kriminalisierung kommen deshalb auch immer weniger Handelsschiffe ihrer seerechtlichen Pflicht zur Rettung nach. Momentan ist nur ein einziges NGO-Schiff, die »Alankodu«, im Einsatzgebiet. Alle anderen NGO-Schiffe sind blockiert oder mussten ihren Dienst ganz einstellen. Wie das alles mit der immens gestiegenen Todesrate zusammenhängt, erklärt sich von selbst.

Die Kriminalisierung trifft auch Einzelpersonen. Italien ermittelt mit einem unfassbaren Aufwand wegen Beihilfe zu illegalen Einwanderungen gegen uns, gegen zehn Mitglieder der »Iuventa«-Crew. Im Falle einer Verurteilung drohen uns bis zu 20 Jahre Haft dafür, dass wir Leben gerettet haben. Als Unterstützerinnen und Unterstützer von Flüchtenden und Migrantinnen und Migranten verteidigen wir Menschenrechte. Daher sollte unsere Arbeit gemäß Artikel 18 der Richtlinien und Grundsätze des Hochkommissariats der Vereinten Nationen für Menschenrechte geschützt und erleichtert werden. Aber das Gegenteil ist der Fall.

Wir solidarischen Kräfte sind ein Riss in der Mauer der Festung Europa, und wir sind nicht gern gesehen. Heute kann es in Europa zur Straftat werden, Menschen in Not zu helfen. Im Verlauf des Jahres 2018 wurden unter anderem Anschuldigungen wegen Schlepperkriminalität gegen Helferinnen und Helfer in Lesbos, tunesische Fischer, italienische Bürgermeister, französische Bauern, einen deutschen Diakon und 24 Rettungskräfte von vier Hilfsorganisationen erhoben. Das »Institute of Race Relations« hatte in den beiden Jahren zuvor insgesamt 45 Fälle von Personen aus ganz Europa gemeldet, die wegen ihres solidarischen Handelns kriminalisiert wurden.

Die Vielzahl der Verfolgten und blockierten Helferinnen und Helfer aus der Zivilgesellschaft offenbart ein unheilvolles Motiv: die systematische Unterbindung von Hilfsmaßnahmen für Menschen auf der Flucht. Aber weitaus wichtiger als die Schikane und die Verfolgung, der wir ausgesetzt sind, ist das Schicksal derer, die völlig ihrer Rechte beraubt sind, derer, die weiterhin tagtäglich bei der Suche nach Schutz, bei dem Versuch, das europäische Festland zu erreichen, sterben. Es steht uns nicht zu, die Beweggründe ihrer Suche nach Zuflucht zu hinterfragen. während ihr Leben in unmittelbarer Gefahr ist. Es war und bleibt unser aller Verantwortung, Menschenleben zu retten, wann immer es möglich ist, Schutz zu bieten, wo er benötigt wird, und jedem Menschen mit Würde und unter Berücksichtigung der universell geltenden Menschenrechte zu begegnen. Die Rettung von Menschen auf See ist eine Pflicht, nicht bloß ein Recht und gewiss kein Verbrechen.

Trotzdem. Ich kann hier heute auf Eurem Parteitag stehen, weil ich nicht auf See bin, nicht auf See sein darf, weil mir U-Haft in Italien droht, wenn ich noch einen weiteren Menschen aus Seenot rette. Ja, ich könnte in den Knast gehen, wenn ich ein Leben rette, das eines Flüchtenden, versteht sich. Bei der Rettung des Inhabers eines europäischen Passes würde mir nichts passieren. Soweit sind wir hier.

Juristische Einschüchterungen von humanitären Helferinnen und Helfern darf nicht als Deckmantel für die politische Verfolgung jener solidarischen Bewegungen dienen, die es gewagt haben, gegen das durch das EU-Grenzregime verursachte Sterben Stellung zu beziehen. Ganz im Gegenteil muss die unterlassene Hilfeleistung seitens der EU und die strafrechtliche Verfolgung humanitärer Hilfe als das benannt werden, was sie ist: grundlegend falsch, menschenverachtend und unzulässig.

Ich freue mich, in eurem Wahlprogramm zu lesen, dass ihr die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpfen wollt. Ihr dürft dabei nur nicht den Klimawandel vergessen, denn der wird einer der Hauptfluchtursachen werden. Ich lese, dass Ihr sichere Fluchtwege schaffen wollt. damit das Sterben im Mittelmeer aufhört, dass Ihr die Festung Europa abreißen wollt und offene Grenzen für Menschen in Not fordert, Ia. macht das bitte, und macht das mit Feuereifer, denn die eklatanten Folgen europäischer Abschottungspolitik ergie-Ben sich nicht nur in der politischen Verfolgung von Helferinnen und Helfern; in Folter, Vergewaltigung und Tod von tausenden schutzsuchenden Flüchtenden, sondern führen uns zurück zu einer Gesellschaft, in der das Leben des einen weniger wert ist als das des anderen, zurück zu einem Europa, in dem die Ungleichheit von Menschen perfides System hat.

Wenn Menschenrechte nicht universell und unveräußerlich für alle gelten, dann gelten sie für niemanden – nicht für mich und nicht für dich. So erschreckend es ist, dass man es überhaupt noch sagen muss, umso wichtiger ist es, dass man es laut und deutlich tut.

Pia Klemp ist Kapitänin des Seenotrettungsschiffes »Sea-Watch 3«. Die hier abgedruckte Rede hielt sie auf dem Europaparteitag der LINKEN.

DISPUT März 2019 15

Für das schöne Leben

Der 8. März soll in diesem Jahr zu einem Frauenstreiktag werden, denn noch immer sind wir von wahrer Gleichberechtigung weit entfernt VON KERSTIN WOLTER

m 8. März wollen Frauen in ganz Deutschland die Arbeit niederlegen. Sie gehen in den Streik. Damit findet das erste Mal seit 25 Jahren in diesem Land wieder ein Frauenstreik statt. Wenn diese Frauen von Arbeit reden, dann meinen sie nicht nur jene Arbeiten, für die sie einen Lohn bekommen, sondern auch jene unzähligen Stunden an unbezahlter Haus- und Erziehungsarbeit. Sie meinen auch die vielen ehrenamtlichen Tätigkeiten in sozialen Bereichen, vor allem von Seniorinnen. Nicht zu vergessen die emotionale Arbeit, die Frauen täglich in der Familie, in Freundschaften, aber auch auf der Arbeit leisten.

Wie soll das gehen, mag man sich fragen? Wie soll ein Streik nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb des Betriebes funktionieren? Frauen auf der ganzen Welt haben es bereits vorgemacht. Im vergangenen Jahr, am 8. März, gingen beispielsweise in Spanien schätzungsweise sechs Millionen Frauen gegen Ausbeutung, Gewalt und Ungleichbehandlung in den Streik und inspirierten damit auch Frauen in Deutschland. Sie legten entlohnte und nicht entlohnte Arbeit nieder, wo es ging. Sie blockierten Straßen und Autobahnen, legten den Bahnverkehr zum Teil lahm und schmückten die Häuser und Straßen mit lila Kleidungsstücken. »Wenn wir streiken, steht die Welt still«, war ihr Motto und es soll auch das Motto des hiesigen Streiks werden. Doch warum sind in Spanien so viele Frauen in den Streik gegangen, und warum wird auch in Deutschland am Frauenstreik gearbeitet? Die Verhältnisse in Spanien sind nicht die gleichen wie in Deutschland und doch liegen die Gründe für einen feministischen Streik gar nicht so weit auseinander.

Europaweit wurden im vergangenen Jahrhundert zwar viele Frauenrechte erkämpft – erst vor wenigen Monaten jährte sich zum 100. Mal die Einführung des Frauenwahlrechts im Zuge der Novemberrevolution in Deutschland. Doch von vollkommener Gleichberechtigung sind wir noch weit entfernt. Schlimmer noch: Bereits errungene Rechte liefen und laufen Gefahr, rückgängig gemacht zu werden. Ein großer Rückschritt vor allem für die Frauen aus der DDR - war in Deutschland bereits vor bald 30 Jahren die Anpassung des neuen deutschen Rechtssystems an die Gesetze der früheren BRD. Diese waren an vielen Stellen - beispielsweise beim Recht auf Abtreibung und in Bezug auf Gewalt in der Ehe - weniger fortschrittlich als das DDR-Recht. Heute wollen neue Rechte und ihnen vorauseilende Konservative erneut Frauenrechte in Frage stellen. Das betrifft nicht nur die Rolle von Frauen und Männern in der Gesellschaft regelmäßig sprechen Rechte und Faschisten auf der ganzen Welt vom »Genderwahn« und berufen sich auf die alten Tugenden der Männlichkeit - sondern es geht auch um konkrete rechtliche Verschlechterungen.

Streiks in 50 Ländern

In Spanien und Polen gab es Versuche, das Recht auf Abtreibung einzuschränken, was durch große Proteste in Spanien und einen Frauenstreik in Polen zunächst verhindert werden konnte. Auch in Deutschland werden Schwangerschaftsabbrüche bis heute kriminalisiert. Durch den Fall der Ärztin Kristina Hänel, die aufgrund von Informationen über Schwangerschaftsabbrüche auf ihrer Website zu einer hohen Geldstraße verurteilt wurde, wird das Thema des Informationsrechts wieder in der Öffentlichkeit diskutiert. Der Paragraph 219a, der dieses Informationsrecht verbietet, soll nun nach vielen Protesten reformiert werden. Doch was nach einer Lockerung aussieht, verschlechtert das Recht auf Information durch Ärztinnen und Ärzte weiter.

Doch nicht nur frauenspezifische Rechte werden immer häufiger angegriffen. Die Folgen neoliberaler Politik durch massive Kürzungen, Privatisierungen und immer schlechtere Jobs treffen Frauen im besonderen Maße. So ist Altersarmut mehrheitlich weiblich. EU-weit leben mehr Frauen (16 Prozent) als Männer (12 Prozent) im Rentenalter in Armut. Das liegt vor allem an fehlenden Einkommensjahren während die Kinder klein sind und schlecht bezahlten Teilzeit-Jobs. In den Ländern der Europäischen Union verdienen Frauen heute immer noch durchschnittlich 16,2 Prozent weniger als Männer. Deutschland bildet mit rund 21 Prozent eines der Schlusslichter. Hinzu kommt, dass Frauen weiterhin den Großteil der nicht entlohnten Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeit leisten. Die Kürzungen in der sozialen Infrastruktur Europas durch die Austeritätspolitik des letzten Jahrzehnts wurden insbesondere von Frauen privat aufgefangen. Ihre doppelte Belastung spitzt sich also zu, ohne dass sie durch ökonomische Eigenständigkeit aufgewogen wird. Diese ökonomische Schlechterstellung drückt sich auf grausame Weise auch in Diskriminierung, Sexismus, Missbrauch und Gewalt in der Familie, am Arbeitsplatz oder im öffentlichen Raum aus. Jede dritte Frau in der EU hat körperliche oder sexuelle Gewalt erfahren. Es fehlen systematische Analysen, doch gibt es Anzeichen dafür, dass geschlechterspezifische und insbesondere häusliche Gewalt gerade in Zeiten ökonomischer Krisen zunimmt.

Diese Zustände wollen sich Millionen Frauen in Europa nicht länger gefallen lassen. Sie wehren sich auf vielfältige Weise. Der Streik ist dabei eine Widerstandspraxis, die bereits in der Vergangenheit erfolgreich erprobt wurde. In Island streikten 1975 etwa 90 Prozent der Frauen und setzten so Verbesserungen in der Kinderbetreuung durch. Die Schweizerinnen nahmen 1991 den Streik der Isländerinnen zum Vorbild und

In Island streikten 1975 etwa 90 Prozent der Frauen und setzten so Verbesserungen in der Kinderbetreuung durch.



Bereits im vergangenen Jahr forderten in Deutschland viele Frauen am 8. März ihre Rechte ein. Foto: Martin Heinlein

streikten für Verbesserungen im Arbeitsrecht - mit Erfolg. Die Auseinandersetzungen um den Paragraphen 218 und die permanente Missachtung der Perspektive von Frauen in der Post-Wendezeit führte auch in Deutschland bereits 1994 zu einem Frauenstreik, an dem sich etwa eine Million Frauen beteiligten. Die Geschichte des Frauenstreiks setzte sich fort. Im Jahr 2017 fanden bereits in über 50 Ländern weltweit Frauenstreikaktionen am 8. März statt. In Deutschland wollen sich nun das erste Mal seit 25 Jahren Frauen dieser globalen Streikbewegung anschließen. Seit letztem Mai haben sich in über 30 Städten und kleineren Orten Frauen-Streiknetzwerke gegründet. Es gibt einen engen Austausch mit den Gewerkschaften. Für sie ist es nicht so einfach, zu einem Frauenstreik aufzurufen, denn der politische Streik wird in Deutschland bestraft. Doch auch wer am 8. März nicht den Arbeitsplatz verlassen kann, weil sie sonst Gefahr läuft, den Job zu riskieren, kann zum Beispiel eine politische Mittagspause einberufen und mit den Kolleginnen vor das Haus ziehen, um ungerechte Bezahlung, Sexismus am Arbeitsplatz oder fehlendes Personal zu thematisieren. Der Kreativität sind hier keine Grenzen gesetzt, denn der Streik gehört niemandem, außer uns allen.

DIE LINKE schließt sich den Protesten an und ruft dazu auf, sich an den zahlreichen Streikaktivitäten zu beteiligen und an den vielen Demonstrationen zum 8. März und damit am Frauenstreiktag teilzunehmen. Männer ruft DIE LINKE dazu auf, sich mit den Streiks der Frauen solidarisch zu

zeigen und zum Beispiel die Sorgearbeit für das gemeinsame Kind oder den pflegebedürftigen Vater an diesem Tag komplett zu übernehmen.

Nun könnte man meinen, dass ein einmaliger Streik nicht viel mehr als ein symbolischer Akt sein wird, ohne große Folgen. Doch der 8. März 2019 ist nur ein Anfang. Die vielen Netzwerke, die in den letzten Monaten geknüpft wurden, wollen auch über den Frauenstreiktag 2019 hinaus aktiv bleiben. Ganz nach dem Motto: Nach dem Streik ist vor dem Streik.

Weitere Informationen zum Frauen*streik, den lokalen Netzwerken und Streikideen auf www.frauenstreik.org.

Kerstin Wolter ist Mitglieder der LINKEN und Mitinitiatorin des Frauenstreiks

»Wir müssen uns nur trauen«

ALEXANDRA WISCHNEWSKI über die Vorbereitungen und die Resonanz auf den geplanten Frauenstreik am 8. März



Foto und Grafik: Bianca Theis

Du bist aktiv bei den Vorbereitungen zum 8. März. Wie plant ihr einen bundesweiten Frauenstreik?

Der Frauenstreik ist dezentral angelegt. Es gibt einen gemeinsamen Aufruf, der auf dem ersten bundesweiten Frauenstreik-Treffen entschieden wurde. Interessierte können sich entweder einer schon bestehenden Ortsgruppe anschließen, selbst eine gründen oder ganz individuell bei dem Streik mitmachen.

Wir sagen allen, die uns fragen, wie sie für den Frauenstreik mobilisieren können: Der erste Schritt ist, sprich mit deiner Umgebung, sprich mit anderen Frauen um dich herum und frage sie, was sie davon halten, warum sie gerne streiken würden oder eben nicht. Tausch dich aus. Dazu braucht es meist aber erstmal einen persönlichen Kontakt. Auf der Webseite haben wir eine Liste von Ortsgruppen, aber auch wenn keine nahestehende Ortsgruppe aufge-

führt wird, dann bitte gerne bei uns melden, denn wir versuchen Interessierte zusammen zu bringen. Oder einfach selbst eine Ortsgruppe gründen. Gerade in kleineren Städten wäre das toll. Ich glaube auch, dass gerade DIE LINKE eine sehr, sehr gute Infrastruktur dafür bietet, um über den Frauenstreik zu informieren und sich zu organisieren und zusammenzuschließen.

Wie soll der Streik aussehen?

Der 8. März soll allen Frauen die Möglichkeit geben, ihre eigenen Streikformen zu finden, die zu ihrer Realität passen. Wir wollen zwar, dass Streik am Arbeitsplatz stattfindet, befinden uns dabei aber in einer schwierigen Situation, da es ja ein politischer Streik ist. Darum schlagen wir auch andere Formen des Streiks vor. In Betrieben können zum Beispiel Betriebsversammlungen an dem Tag einberufen werden, in denen über das Recht auf gleiche Entlohnung gesprochen wird. Oder es kann symbolische Mittagspausen geben. Es gibt auch die Idee einer symbolischen Urabstimmung, ob man denn gern streiken würde. Wir wollen aber auch Frauen mobilisieren, die unbezahlte Haus- und Pflegearbeit leisten. Das ist natürlich schwieriger, weil Kinder oder zu pflegende Angehörige nicht so zur Seite gelegt werden können wie ein Stift oder ein Aktenordner. Deshalb haben wir uns hier kreative Formen überlegt, sei es Tücher aus dem Fenster zu hängen oder die Nachbarinnen zu einer kleinen Versammlung einzuberufen. Wir haben auch einen Lohnzettel für Hausfrauen erstellt, der ausgefüllt zum Beispiel über Social-Media-Kanäle verbreitet werden kann. Und wir rufen wie iedes Jahr zur Frauenkampftagsdemo auf.

Du hast erwähnt, dass der Frauenstreik ein politischer Streik ist. Wie unterscheidet sich denn ein politischer Streik von herkömmlichen Streiks?

Die Streiks in Deutschland sind sehr eng gefasst. Das heißt, man darf im Betrieb streiken, wenn die Friedenspflicht ausgelaufen ist, wenn Tarifverhandlungen anstehen und wenn die Gewerkschaft dazu aufruft. Das bezieht sich aber immer nur auf einen Arbeitgeber aus einem Betrieb. Für Frauen stellt sich die Frage aber anders, weil viele Forderungen nicht an einen Betrieb gebunden sind. Da die Entgeldlücke im direkten Vergleich bei Frauen bei fünf bis sechs Prozent liegt, könnte dies bei dem Arbeitgeber bestreikt werden. Die gesellschaftliche Entgeltlücke von 22 Prozent kommt allerdings dadurch zustande, dass ganze Bereiche, in denen überwiegend Frauen arbeiten, abgewertet sind. Das trifft nicht nur einen Arbeitgeber und muss daher politisch beantwortet werden. Trotzdem betrifft es das Thema Arbeit. Auch deshalb rufen wir zum Streik auf, um das Thema politischer Streik in Deutschland auf die Agenda zu setzen.

Der Frauenstreik war ja besonders erfolgreich in anderen Ländern wie in Spanien, Polen und Argentinien. In Deutschland ist die Protestkultur nicht so ausgeprägt. Oder wie erlebst du das bei den Vorbereitungen?

Also ich finde es immer wieder total erstaunlich, dass niemand weiß, dass politische Streiks in Spanien auch verboten sind. Es wird zwar immer gesagt: Naja, die haben ja auch andere Bedingungen. Das stimmt aber nicht. Da hält sich nur einfach niemand dran. Wir könnten das in Deutschland genauso machen. Wir müssen uns nur trauen. Allerdings muss man schon sagen, dass wir hier nicht die gleichen Streikerfahrungen haben, egal ob politisch oder betrieblich, und auch keine gleich starke Frauenbewegung. Ich finde, da lernen wir tatsächlich sehr viel von anderen Län-



dern. Als wir zum Beispiel letztes Jahr die Bilder des Frauenstreiks in Spanien gesehen haben, hat uns das motiviert, zum ersten offenen Treffen einzuladen. Dabei hatten wir sagenhaft viele Rückmeldungen vom ersten Moment an.

Dann gibt es viele Frauen, die sagen: »Uns geht es doch eigentlich super, wir haben doch Gleichberechtigung«. Wie würdest Du diese Frauen mobilisieren?

An dem Punkt arbeite ich mich gerade nicht ab. Es gibt so viele Frauen, die ganz genau wissen, dass es so nicht weitergehen kann, auch da viele selbst mindestens einmal in ihrem Leben an bestimmte Grenzen gekommen sind, die ihnen durch ihr Geschlecht gesetzt wurden. Die wenigen Frauen, die das nicht erlebt haben, um die kümmere ich mich gerade nicht.

Das Thema Arbeit ist zentral im Kampf um Geschlechtergerechtigkeit. Es gibt aber auch andere Themen, für die Frauen auf die Straße gehen und die sich auch im Aufruf wiederfinden. Was sind die anderen gro-

ßen Themen, die beim Frauenstreik eine große Rolle spielen?

Wir wollen Frauen dazu anregen, ihren persönlichen Streik deutlich zu machen. Deshalb werden jene Themen aufgegriffen, die einzelne Frauen oder Gruppen einbringen. Da sind z.B. Gewalt gegen Frauen und sexuelle Belästigung als riesige Themenkomplexe. Diese sind aber auch oft mit der ökonomischen Situation von Frauen verknüpft. Das heißt, die einzelnen Themen sind oft eng miteinander verwoben und müssen auch so debattiert werden. Ich habe wirklich das Gefühl, dass wir gerade am Anfang der dritten Welle der Frauenbewegung sind. Aber wir sind auch realistisch. Es ist ein Prozess. Wir werden 2019 viel machen. Wir können und wir werden laut und groß werden. Das ist der Anfang einer Bewegung.

Alexandra Wisnewski ist Referentin für feministische Politik der Linksfraktion im Bundestag und Mitbegründerin des Bündnisses Frauenstreik. Mit ihr sprachen Bianca Theis und Katharina Kichhoff

Frauen. Macht. Politik.

100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts beschließt der Brandenburger Landtag das erste Paritégesetz Deutschlands, das Frauen die Hälfte der Sitze im Landesparlament garantieren soll VON ANDREA JOHLIGE

m Jahr 1891 nahm die SPD die Forderung nach dem Frauenwahlrecht in ihr Programm auf. Von da an dauerte es noch 27 Jahre. bis das Frauenwahlrecht auch in Deutschland endlich beschlossen wurde. Zuvor hatte sich 1894 der erste Frauenwahlrechtsvereins gegründet, kam 1904 die Internationale Frauenstimmrechtskonferenz zusammen, erfolgte die Aufhebung des Verbots der Mitgliedschaft von Frauen in politischen Vereinen und Parteien im Jahre 1908 und der Zusammenschluss bürgerlicher und sozialistischer Aktivistinnen für das Frauenwahlrecht 1907, die dem Preußischen Landtag eine gemeinsame Erklärung übergaben, in dem ein allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht für alle gesetzgebenden Körperschaften für Frauen gefordert wurde.

Am 12. November 1918 war es dann so weit: Die Geburtsstunde des Frauenwahlrechts hatte geschlagen und am 19. Februar 1919 hielt die erste Frau, die Sozialdemokratin Maria Juchaz, eine Rede in der Nationalversammlung, darin hielt sie fest: »Meine Herren und Damen! Es ist das erste Mal, dass in Deutschland die Frau als freie und gleiche im Parlament zum Volke sprechen kann [...]. Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: Sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.«

Vorbild Frankreich

Diese Entwicklung zeigt, dass es politischer Kämpfe über mehrere Jahrzehnte brauchte, bis Frauen endlich das Recht bekamen, wählen zu dürfen und gewählt werden zu können. Es war von Frauen gefordert, erstritten, erlitten und erkämpft worden, und es wurde von Männern gewährt.

Und daran hat sich bis heute nichts geändert: Frauen fordern und Männer gewähren. Mit Folgen: Das unwürdige Schauspiel auf Bundesebene um die Streichung des Paragrafen 219a führt uns vor Augen,

was passiert, wenn ein Parlament, in dem Männer 70 Prozent der Abgeordneten stellen, über das Leben und die Belange von Frauen entscheidet. Es steht zu befürchten, dass auch weiterhin die Information über Schwangerschaftsabbrüche durch Ärztinnen und Ärzte nicht rechtssicher geregelt ist. Frauen werden, so lange die Paragrafen 218 und folgende existieren, im deutschen Rechtssystem nicht vollständig als mündige Wesen anerkannt. Und allein dieses Beispiel zeigt, weshalb wir eine gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen in den Parlamenten brauchen, 50 Prozent der Bevölkerung müssen auch durch 50 Prozent der Abgeordneten reprä-

Die Debatte um paritätische Teilhabe von Frauen in den Parlamenten wird auf Bundesebene wie in einigen Bundesländern seit Jahren leidenschaftlich geführt. Und obwohl die Forderung, es Frankreich gleich zu tun und per Gesetz für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen zu sorgen, immer lauter wird, hat sich





Das Gesetz ist fertig und soll im Juni 2020 in Kraft treten. Vorher erfolgt aber noch eine verfassungsrechtliche Prüfung. Schließlich wird hier Neuland betreten.

bisher kein Parlament getraut, dies auch umzusetzen. Nun geht das Land Brandenburg voran und hat das erste Paritégesetz Deutschlands mit den Stimmen von LINKEN, SPD und Grünen auf den Weg gebracht.

Es sieht vor, dass alle Parteien ihre Landeslisten im Reißverschlussverfahren besetzen müssen. Sind bei einem Geschlecht keine weiteren Bewerber*innen vorhanden, kann maximal ein*e weitere*r Bewerber*in des anderen Geschlechts auf die Liste gesetzt werden. Landeslisten, die diesem Prinzip nicht folgen, werden durch den Landeswahlausschuss entsprechend der gesetzlichen Regelung korrigiert. Für Personen, die sich weder dem weiblichen noch dem männlichen Geschlecht zugehörig fühlen, gibt es eine Ausnahmeregelung, die besagt, dass diese sich einmalig entscheiden müssen, für welche der beiden Listen sie kandidieren.

Im ursprünglichen Gesetzentwurf gab es auch Regelungen zur paritätischen Besetzung von Wahlkreisen. Diese wären darauf hinaus gelaufen, dass die Zahl der Wahlkreise halbiert und in jedem Wahlkreis künftig eine Direktkandidatin und ein Direktkandidat gewählt werden. Aus LIN-KER Sicht wäre dies konsequent gewesen, da nur dadurch tatsächlich ein zur Hälfte aus Frauen und Männern besetztes Parlament zu erreichen ist. Allerdings war diese Regelung nicht mehrheitsfähig zwischen den das Gesetz tragenden Fraktionen, da die SPD Bedenken hatte, dass dadurch die Wahlkreise zu groß werden würden. Deshalb findet sich im beschlossenen Gesetz eine solche Regelung nicht mehr.

Da die Aufstellungen für die kommende Landtagswahl am 1. September 2019 bereits seit einigen Monaten möglich sind, tritt das Paritégesetz erst am 30. Juni 2020 in Kraft, gilt also erst für die übernächste Landtagswahl. Das hat auch den Vorteil, dass eine verfassungsrechtliche Überprü-

fung der getroffenen Regelungen möglich ist, ohne Gefahr zu laufen, dass eine Wahl wiederholt werden muss. Denn klar ist: Das ist verfassungsrechtliches Neuland und eine Überprüfung durch ein Verfassungsgericht ist sogar wünschenswert.

Ein historischer Schritt

Einerseits steht die Frage nach dem Eingriff in die Wahlrechtsfreiheit. Es gibt bereits diverse Einschränkungen der Wahlrechtsfreiheit, etwa durch die Festlegung eines Mindestwahlalters. Dabei werden Personen daran gehindert, überhaupt zu kandidieren. Das ist im Vergleich zu einer Paritätsregelung ein sehr viel stärkerer Eingriff. Bei einer Festlegung quotiert zu besetzender Landeslisten wird lediglich die Freiheit, sich für jeden Listenplatz bewerben zu können, eingeschränkt. Es wird aber niemand daran gehindert, überhaupt zu kandidieren.

Ein zweiter Einwand lautet, paritätische Regelungen verletzten das Parteienprivileg. Im Kern geht es um eine Abwägung verfassungsrechtlicher Grundsätze: Das Gleichstellungsgebot des Grundgesetzes versus das Parteienprivileg. Wir gehen davon aus, dass das Gleichberechtigungsgebot der Verfassung ein Handeln des Gesetzgebers dann erfordert bzw. zumindest rechtfertigt, wenn der Frauenanteil in Parlamenten dauerhaft deutlich unter 50 Prozent bleibt und aktuell mit 31 Prozent im Deutschen Bundestag sogar rückläufig ist.

Die Landesverfassung Brandenburgs geht über den Gleichberechtigungsgrundsatz des Grundgesetzes hinaus und spricht die Verpflichtung aus, für die Gleichstellung von Frau und Mann in Beruf und im öffentlichen Leben durch wirksame Maßnahmen zu sorgen. Aus unserer Sicht ist das vorliegende Paritégesetz eine solche wirksame Maßnahme für Gleichstellung im öffentlichen Leben. Denn klar ist: Ohne verpflichtende Paritätsregelungen hat es bisher kein Parlament in Deutschland gegeben, das je eine gleiche Anzahl von Frauen und Männern gesehen hat. Deshalb ist es Zeit, sich nicht mehr auf Selbstverpflichtungen zu verlassen und zu hoffen, dass die Parteien irgendwann einmal Frauen und Männer gleichermaßen auf ihren Listen berücksichtigen.

Dieses Gesetz ist ein wichtiger Schritt. In den Kommentaren nach der Verabschiedung wurde er teilweise als historisch benannt. Und vielleicht wird ja tatsächlich in den Feierstunden zu 200 Jahren Frauenwahlrecht auch auf 100 Jahre Parité-Regelungen in Deutschland zurückgeblickt und darauf hingewiesen, dass der Brandenburger Landtag es war, der die erste Parité-Regelung in Deutschland beschlossen hat. Heute können wir uns kaum noch vorstellen, dass es tatsächlich eine Zeit gab, wo Frauen das Wahlrecht vorenthalten wurde. Es ist zu hoffen, dass sich in 100 Jahren niemand mehr vorstellen kann, dass es tatsächlich Parlamente gab, in denen der Frauenanteil bei 30 Prozent lag.

Andrea Johlige ist Mitglied des Landtags Brandenburg und hat für die Fraktion DIE LINKE das Paritégesetz federführend bearbeitet.

Verfassungsbruch beenden!

Wir brauchen endlich eine Ost-Quote, denn die Unterrepräsentanz Ostdeutscher auf den Spitzenpositionen verschwindet nicht von allein VON RICO GEBHARDT

■ ntgegen einem weit verbreiteten Vorurteil handelt es sich beim Vorschlag zur »Ost-Quote« nicht um eine »DDR-Quote«. Es geht um Artikel 36 des Grundgesetzes, so sagt es unmissverständlich das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages, das Matthias Höhn, Ostbeauftragter der Linksfraktion, in Auftrag gegeben hatte: Die Menschen aus den Bundesländern müssen in den Bundesbehörden angemessen berücksichtigt werden. Die »Ost-Quote« ist also als Teil der Länderquote sogar von der Verfassung geboten, denn das Grundgesetz legt fest, »bei den obersten Bundesbehörden sind Beamte aus allen Ländern in angemessenem Verhältnis zu verwenden«. Diesem Verfassungsauftrag wird der Staat nicht gerecht. Es ist unsere Aufgabe, die Beteiligung der Menschen aus den neuen Bundesländern an der Arbeit der über 70 Bundesbehörden in den Fokus zu nehmen, zumal der Wissenschaftliche Dienst empfiehlt, den Grundsatz auch auf Angestellte zu übertragen.

Natürlich ist damit untrennbar das Engagement für mehr Standorte von Bundesbehörden im Osten verbunden. Das Gutachten zeigt Handlungsmöglichkeiten auf. Für uns als LINKE geht es natürlich nicht nur um Bundesbehörden. Wenn selbst der Ostbeauftragte der Bundesregierung mit Blick auf Spitzenfunktionen in Justiz, Wirtschaft und Verwaltung von einer »Unwucht« spricht, dann kann man sich 30 Jahre nach dem Mauerfall nicht der Illusion hingeben, dass sich die Unterrepräsentanz Ostdeutscher quasi irgendwann im Selbstlauf erledigen würde, nur weil die Kanzlerin oder der Bundespräsident mal aus dem Osten stammten. Dass dem nicht aus Bayern in Sachsen Karriere machen und umgekehrt. Es ist aber offensichtlich, dass hier auch nach einer Generation kein Ausgleich auf Gegenseitigkeit stattfindet. Es sollte daher selbstverständlich sein, dass bei gleicher Eignung - analog zur Frauen-Quote - Bewerber*innen zum Zuge kommen, deren Einstellung der



so ist, bestätigen die zu diesem Thema eingehenden Statistiken: Keine/r Ostdeutsche/r an der Spitze einer Universität, in Wirtschaft und Wissenschaft teilweise sogar rückläufige Repräsentanz bei ohnehin schon spärlichem Anteil an Spitzenfunktionen. Bei seiner Kabinettsumbildung hat Sachsens damals neuer Ministerpräsident Kretschmer Anfang 2018 sieben Menschen neu berufen - darunter sind gerade mal zwei Ostdeutsche. Wohlgemerkt: Es geht um die Staatsregierung für Sachsen. Das sagt alles: Von der CDU ist kein nennenswerter Beitrag zur Gleichstellung von Ost und West zu erwarten.

Natürlich darf auch ein Mensch

Foto: Pixabay/Grafik: Wikipedia

regionalen Unterrepräsentanz entgegenwirkt. Das ist im Behördenbereich Verfassungsgebot und z.B. an Hochschulen gesellschaftliches Erfordernis. Der Artikel 36 des Grundgesetzes, dessen Geist wir generell in allen Bereichen der Gesellschaft mit Leben erfüllen sollten, zielt ja nicht auf eine starre mathematische Formel ab. Sondern es sollen verschiedene regionale Erfahrungen in die Arbeitswelt auch an verantwortlicher Position einflie-

Die derzeitige »Unwucht« ist kein blindes Schicksal, sondern menschengemacht: Es waren die gnadenlose Abwicklung von allen, die als »staatsnah« im Sozialismus abgestempelt wurden, und eine von der ab 1990 im Osten durchgesetzten Treuhand-Privatisierung, die ostdeutsches Volksvermögen in westdeutsche Hände gegeben hat, und es hat auch etwas mit der Vertreibung einer jungen Generation aus vielen Regionen Ostdeutschlands zu tun. Insofern ist die »Ost-Quote« auch eine Frage der Wiedergutmachung durch Teilhabe - wenngleich oft nicht mehr der Eltern, sondern ihrer Kinder und bald ihrer Enkelkinder.



Rico Gebhardt ist Vorsitzender der Linksfraktion im Sächsischen Landtag

Die Systemfrage stellen

Kraft tanken und Mut schöpfen auf der vierten Streikkonferenz in Braunschweig, die im Zeichen der aktuellen Kämpfe stand VON SUSANNE LANG

ir müssen den Kapitalismus aus den Angeln heben!« Mit diesen Worten endet der Einführungsvortrag von Klaus Dörre, Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Iena, auf der vierten Streikkonferenz vom 15. bis zum 17. Februar in Braunschweig. Von den Rängen, der mit über 700 Teilnehmenden in ihren Kapazitäten strapazierten Hörsäale der TU-Braunschweig, donnert der Applaus. Die Aufbruchsstimmung auf dem bundesweit einmaligen Vernetzungstreffen von LINKEN, Gewerkschaftern aus Haupt- und Ehrenamt und Wissenschaftlern gibt allen Anwesenden spürbar Kraft und Mut. Und der ist auch dringend nötig. Denn in den Vorträgen und Diskussionsbeiträgen wird schnell deutlich: Die anhaltende ökonomische und ökologische Krise, mit dem aus ihr resultierenden Rechtsruck, stellt uns alle vor große Herausforderungen. »Gefährliche Zeiten« nennt Dörre diese Situation und wird sehr deutlich: »Wenn die Systemfrage von Rechts gestellt wird, wie das gegenwärtig der Fall ist, müssen die Linke und die Gewerkschaften die Systemfrage stellen - und beantworten.«

Wie diese Krise sich konkret darstellt, erzählen Kolleginnen und Kollegen aus den betrieblichen Kämpfen. In Hannover streiken sie gegen die Schließung des Kabelherstellers Nexans - 500 Arbeitsplätze sollen global neu verteilt werden. Aus dem sächsischen Riesa berichten Gewerkschaftsaktive des marktführenden Nudelherstellers von ihrer hart erkämpften Betriebsratsgründung in 2018 und den aktuellen Tarifverhandlungen. Denn mit durchschnittlich 11 Euro liegt ihr Lohn um 6 Euro pro Stunde niedriger als bei der Konkurrenz im Westen der Republik. Überall und vermehrt, so scheint es, wird in den Betrieben, in den Kliniken, in den Kitas und selbst in Schulen um bessere Arbeitsbedingungen gekämpft. Viele dieser Kämpfe wer-



Viele der etwa 700 Besucherinnen und Besucher der Konferenz beteiligten sich an den lebhaften und fruchtbaren Diskussionen Foto: RLS

den leider noch verloren, doch manche werden fulminant gewonnen. Von diesen Erfahrungen zu lernen, sich die Taktiken und Strategien anzueignen, steht in den 40 verschiedenen Workshops und Arbeitsrunden im Mittelpunkt.

Kämpfe sichtbar machen

Auch der Blick über den nationalen Tellerrand ist inzwischen selbstverständlich in der gewerkschaftlichen Arbeit, Jane McAlevey, Organizerin der US-amerikanischen Dienstleistungsgewerkschaft SEIU, berichtet von den Strategien, mit denen der Streik der Lehrerinnen und Lehrern in den USA trotz Illegalität gewonnen werden konnte. Das Buch »No Shortcuts«, in dem sie über ihre Erfahrungen berichtet, wurde von der Rosa-Luxemburg-Stiftung eigens für diese Konferenz übersetzt und ist auf Deutsch beim VSA-Verlag unter dem Titel »Keine halben Sachen« erschie-

Bemerkenswert beim Streik der US-amerikanischen Lehrkräfte war das massive Einbeziehen von Eltern und der Öffentlichkeit, die bei den zentralen Streikdemonstrationen fast die Hälfte der Teilnehmenden ausmachten. Dieser Beitrag aus den USA knüpfte nahtlos an die Diskussion der Eröffnungsveranstaltung der Konferenz an. Dort diskutierte der LINKE-Parteivorsitzende Bernd Riexinger mit der designierten ver.di-Vizevorsitzenden Christine Behle, der GEW-Vorsitzenden Marlis Tepe und IG-Metall-Vorstand Hans-Jürgen Urban. Marlis Tepe berichtete von den Schwierigkeiten der Organisierung der Lehrerinnen und Lehrer angesichts des Streikverbots der verbeamteten Lehrerkräfte. Bernd Riexinger unterstrich die absolute Notwendigkeit, gewerkschaftliche Kämpfe vermehrt in den politischen Raum zu tragen. Ein erster Schritt, gewerkschaftliche Kämpfe im öffentlichen Raum sichtbarer zu machen, ist der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit der vierten Streikkonferenz gelungen.

Susanne Lang arbeitet im Bereich Kampagnen/Parteientwicklung in der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE



Foto: DIE LINKE Sachsen

■ ■ Sachsen. In Seiffen im Erzgebirge hat DIE LIN-KE. Sachsen ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die fünf Wahlkreise für die Landtagswahl 2019 gewählt. Unter den fünf Gewählten finden sich auch zwei Promis der Landespartei: Der Spitzenkandidat der sächsischen LIN-KEN zur Landtagswahl, Rico Gebhardt, und die Landesvorsitzende der Partei, Antie Feiks. Rico Gebhardt wurde mit 93,1 Prozent der abgegebenen, gültigen Stimmen für den Wahlkreis 14 (Erzgebirge 2) gewählt. Antie Feiks erhielt 90.2 Prozent der Stimmen als Kandidatin für den Wahlkreis 16. Im Anschluss an ihre Wahl erklärte Feiks: »Wir wollen den Wechsel hin zu einem Sachsen, in dem mutig am Fortschritt geschraubt wird, in dem Digitalisierung bei Demokratie und in Schulen statt bei der Überwachung vorangetrieben wird und der Sozialstaat ein Update erhält. Wir wollen ein Sachsen, in dem Humanismus und Solidarität als Grundwerte wieder deutlich sichtbar werden. Was Zusammenhalt schafft und Spaltung bekämpft, ist Solidarität. Solidarität im Sozialen, bei Bildung, bei Nachhaltigkeit, bei Sicherheit.«

Hamburg. Offenbar können die Bundesländer eigenständig und unabhängig vom Bund und dessen Gesetzgebung in die Mietpreisentwicklung eingreifen. Der Jurist Peter Weber hat in einem Beitrag für die »JuristenZeitung« dargelegt, dass die Bundesländer – und somit auch Hamburg – Miethöchstpreise festsetzen können. »Das

ist der absolute Hammer und kommt einer Revolution in der Wohnungswirtschaft gleich. Nicht mehr der Markt, sondern das Allgemeinwohl bestimmt die Miethöhe«, erklärt Heike Sudmann, wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft. Bisher hieße es immer, Mietrecht sei Bundesrecht, der Senat könne nichts machen. Nun per Senatsverordnung oder Hamburger Landesgesetz Höchstmieten festzusetzen, gebe ganz neue Spielräume für eine sozialverträgliche Mietenpolitik. »Der grundrechtliche Schutz des Eigentums erlaubt nicht, die höchste Miete einzukassieren. Die Mieten können auf das Maß gesenkt werden, das zur Erhaltung der Wohngebäude notwendig ist«, so Sudmann.

■ Bremen. Die Fraktion DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft hat einen Antrag eingereicht, der fordert, dass die Stadt Bremen zu einer »Solidarity City« werden soll. Der Antrag bietet einen umfangreichen Katalog von Maßnahmen an, um die Situation von Geflüchteten, Papierlosen und allen sozial schlechter gestellten Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bremen zu verbessern. Der Grundgedanke der solidarischen Städte liegt darin, dass alle Menschen, die in einer Stadt wohnen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Geschlecht, sozialer und ethnischer Herkunft die gleichen Rechte haben. Dem Solidarity Cities-Netzwerk gehören Athen, Barcelona, Zürich, Palermo, Danzig, Leeds, Amsterdam, Berlin und weitere Städte an. Sofia Leonidakis, fluchtpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LIN-KE, erklärt, warum Bremen ebenfalls dieses Ziel anstreben soll: »Auch in Bremen genießen leider nicht alle Menschen die durch die Menschenrechtskonvention verbrieften Rechte. Mehrere Tausend Menschen werden hier durch das unzureichende Aufenthaltsgesetz illegalisiert und leben und arbeiten in der Folge unter extrem prekären Bedingungen.«

■ Nordrhein-Westfalen. Der Deutsche Bundesjugendring hat seine For-

jugendring hat seine Forderung nach einer Absenkung des Wahlalters erneuert. DIE LINKE in NRW

DAS KLEINE BLABLA

Klare Kantianer

unterstützt diese Forderung. Jules El-Khatib, stellvertretender Landessprecher, erklärt dazu: »Die CDU NRW hat in der Vergangenheit immer wieder die Absenkung des Wahlalters blockiert. Sie verhindert, dass junge Menschen früh an Wahlen teilnehmen. Die FDP muss in dieser Frage zeigen, wo sie steht. Schließlich fordert sie, das Wahlalter auf 16 Jahre zu senken. Ansonsten bleiben ihre Aussagen aus der vergangenen Legislatur nur leere Worte«. so El-Khatib. »Immer mehr Jugendliche studieren, treffen Entscheidungen für ihre Zukunft und engagieren sich, doch die Abgabe ihrer Stimme bleibt ihnen verwehrt«, kritsiert Igor Gvozden, hochschulpolitischer Sprecher der NRW-LINKEN.

■ Brandenburg. Zu den Inhaftierungen von Aktivistinnen und Aktivisten der »Ende Gelände«-Bewegung im Zusammenhang mit der Baggerbesetzung in der Lausitz erklärt der Landesgeschäftsführer der LINKEN Brandenburg, Stefan Wollenberg: »Einsatz für den Klimaschutz und gegen die weitere Abbaggerung von Braunkohle ist nicht kriminell. Als LINKE verstehen wir uns als Partnerin progressiver, sozialer Bewegungen, auch wenn wir nicht in jedem Punkt in unseren Auffassungen zu Zielen und Vorgehen übereinstimmen. Zu den bekannt gewordenen Vorkommnissen in der Untersuchungshaft werden wir

gen in Presse und Politik zählt die von der »klaren Kante«. Wobei vielen Vertreterinnen und Vertretern der berichtenden Zunft nicht ganz klar zu sein scheint, was es mit der »klaren Kante« auf sich hat. Mal wird sie, quasi als Nahkampfmetapher, »gegen den AfD-Lehrerpranger« eingesetzt. Mal wird mit ihr gedroht: »Zusammen zeigen wir klare Kante«. Auch wird sie immer wieder eingefordert: »Klare Kante der Politik nötig«. Seitdem AfD und Union den Rechtspopulismus salonfähig gemacht haben, wird die »klare Kante« auch »in der Asylpolitik«, »gegen Vollverschleierung« oder »beim Thema Abschiebungen« gezeigt. Dabei kann es aber passieren, dass die metaphorische Kante gegen »Asylbetrüger« zurückschwingt. So geschehen in Bremen, wo Unbekannte den dortigen AfD-Chef mit einem Kantholz attackiert haben sollen. Doch woher kommt sie nun, die abgedroschene Phrase von der »klaren Kante«? Fest steht, dass der Aufklärer Immanuel Kant nichts mit dieser Floskel zu tun hat. Zwar betonte er: »Wenn wir Ziele wollen. dann wollen wir auch die Mittel«. Aber ein Kantholz oder gar eine öde Metapher gehörten nicht zu seinen Mitteln der Wahl. Wobei sein kategorischer Imperativ ja auch »klare Kante« zeigt. Recherchen zur Herkunft legen nahe, dass die Redewendung »möglicherweise in Anlehnung an die Schärfeneinstellung beim Fotografieren« entstanden sein könnte. Wobei die Kante in gleich mehreren Redewendungen auftaucht, die keinerlei Bezug zur Fotografie vermuten lassen. So sind ia Pläne oft »auf Kante genäht« und Sparer legen ihr Geld »auf die hohe Kante«. Wenn der Plan nicht funktioniert und auch das Sparen keine Option ist, kann sich der derart Enttäuschte zumindest noch »die Kante geben«. Das Ergebnis sollte man aber tatsächlich keinem zeigen.

u den derzeit beliebtesten Redewendun-

Fabian Lambeck

DISPUT stellt sich allmonatlich den Sprechblasenfragen unserer Zeit. Dafür die kleine Sprachglosse.

über unsere Landtagsfraktion zügige Aufklärung einfordern.« Vorwürfen gegenüber Polizei und Justiz werden die LINKE nachgehen, die Vorkommnisse prüfen und gegebenenfalls Konsequenzen einfordern, so Wollenberg. »Wir können und werden uns jedoch nicht in die Unabhängigkeit der Justiz einmischen. Was die befremdlichen Anschuldigungen von Ende Geländer gegen DIE LINKE betrifft, werden wir erneut das Gespräch suchen auch aus Respekt vor dem sonstigen Engagement der Bewegung.«

■ ■ Mecklenburg-Vorpommern. Die Linksfraktion im Landtag begrüßt, dass das Innenministerium die Novelle zum Sicherheits- und Ordnungsgesetz (SOG) zur Verbandsanhörung vorgelegt hat. Dazu erklärt der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Peter Ritter: »Wir begrüßen, dass es zur rechtlichen Klarstellung der Anwendung des finalen Rettungsschusses kommen soll. Und es ist gut, dass die auch in anderen Ländern stark kritisierten Regelungen zur automatisierten Gesichtserkennung oder Erweiterung des polizeilichen Gewahrsams nicht kommen sollen. Ich erwarte nach Vorlage der Gesetzesnovelle im Landtag eine spannende und kontroverse Debatte endlich eine Sicherheitsdebatte jenseits von Pferdestaffeln, denn wir haben wahrhaftig andere Probleme.«

Liebknechts Wahlkreis

Eine Ausstellung widmet sich dem Wirken des KPD-Mitbegründers

ie Überraschung war groß, als Karl Liebknecht 1912 in seinem Wahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland in den Reichstag gewählt wurde. Es war sein dritter Versuch, im sogenannten »Kaiserwahlkreis« ein Mandat für die SPD zu erringen. Die Ende Januar im brandenburgischen Elstal eröffnete Ausstellung »Karl Liebknecht in Zeit und Bild« arbeitet auf 30 Tafeln die Aktivitäten Liebknechts vor allem in seinem Wahlkreis heraus. Vom »Nein« zu den Kriegskrediten bis zur Gründung der KPD werden die Verdienste Liebknechts thematisiert. Ergänzt werden die Tafeln durch zeitgenössische Exponate. Dort gibt es Stickblider, die den damaligen SPD-Vorsitzenden August Bebel ehren, und Postkarten mit Porträts von Karl Liebknecht zu sehen. Außerdem können Zeitungsausgaben des »Vorwärts« sowie Abzeichen der Arbeiterbewegung bestaunt werden. »Der 100. Jahrestag der Ermordung von Karl Liebknecht war Anlass genug, um im ländlichen Teil seines Wahlkreises eine Ausstellung mit starkem Regionalbezug zu gestalten«, sagt Tobias Bank, der Initiator und Kurator der Ausstellung. Auf den Ausstellungstafeln sind Wahlauftritte Liebknechts dokumentiert und auch Anekdoten verarbeitet, »Heute würde man sagen, Karl Liebknecht war ein Workaholic, der bis zu drei Auftritte am Tag in seinem Wahlkreis bewältigte und das unter anderen Bedingungen als heute. Auch kaputte Schuhe hielten ihn nicht ab, über den deutschen Imperialismus oder die Rolle der Jugend zu referieren. Mal vor 1.500 und mal vor 30 Zuhörenden«, so Bank. Diese und andere Details verrät die Ausstellung.

Die Ausstellung läuft bis zum 29. März 2019 am Karl-Liebknecht-Platz 2e in 14641 Wustermark Ortsteil Elstal. Terminvereinbarungen unter ddr.exposition@gmail.com

Ich abonniere **DISPUT**

Name, Vorname
Straße, Hausnummer
PLZ, Ort
Ich bestelle ab sofort
Ich bestelle ab sofort Exemplar(e) der Zeitschrift DISPUT im
der Zeitschillt Dispot ini
Halbjahresabonnement zum Preis von
12,00 Euro inkl. Versandkosten
12,00 Luio iiki. Veisailukosteii
lahresabonnement zum Preis von
21,60 Euro inkl. Versandkosten
und nutza dan vartailhaftan Pankainzug
und nutze den vorteilhaften Bankeinzug
IBAN
BIC
odor hitto um Pochnungslagung

(gegen Gebühr) an meine Adresse.

Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zeitraum, falls ich nicht 15 Tage (Poststempel) vor dessen Ablauf schriftlich kündige.

Datum, 1. Unterschrift

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass ich die Bestellung innerhalb von 14 Tagen widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Wir verwenden Ihre Daten ausschließlich im Zusammenhang mit Ihrem Abonnement und geben sie nur an Dritte weiter, wenn dies zur Vertragserfüllung unbedingt erforderlich ist (Abonnement- und Adressverwaltung sowie Zustelldienst). Weitere Informationen zu den Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz Wir bitten um Ihre Zustimmung.

Datum, Unterschrift

Coupon bitte senden an: Parteivorstand DIE LINKE, Redaktion DISPUT Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Bestellungen auch möglich unter: www.die-linke.de



n wichtigen Wahljahren schauen die Politiker öfter auf Umfragen. Für den Februar 2019 fragte daher das Politbarometer für das ZDF: »Wessen Politik bereitet Ihnen große Sorgen?«. 82 Prozent der Befragten nannten Mr. Trump. Nur 56 Prozent antworteten wie die Bundesregierung und ihre Medien: Putin! Diese Urteilsfähigkeit hat mich verblüfft. Die hiesigen Medien behandeln doch alles, was Amerika bewegt, als wären wir der 51. Bundesstaat der USA! Spötter knurren: »Vasallentreue«. Vasallen geloben: »Bündnistreue«. Was die Sache aber verschlimmert, wenn der Oberbefehlshaber ein Zocker mit sehr begrenzten Einsichten ist.

der freien Welt, um zu begreifen, dass seine Nation nicht die einzige auf dieser Erde ist? Was berechtigt ihn, mehr Ressourcen dieser geplünderten Erdkugel zu verbrauchen, als hundert verarmte Staaten dieser Welt? Und wer gab ihm die Vollmacht, sich zum Vormund anderer Völker aufzuspielen?

Aber vielleicht glaubt Trump nun doch an die zunehmende Erderwärmung. Er will seinen Konzernen nur keine höheren Kosten aufbürden.

Um aber dennoch die Erhitzung zu

stoppen, wirft er seine Turbinen für

Wie viele Kriege und Naturtragödi-

en braucht der Führer der Vormacht



den »Kalten Krieg« an. Der verdoppelte Rüstungsetat fördert den Stuhlgang der Börse und schmälert Putins Sozialbereich. Das gnadenlose Embargo gegen Russland soll Putin die Hölle heiß machen, wie einst die endlose Belagerung Leningrads. Nun möchte ich Trump nicht mit Hitler vergleichen. Aber mit dem preußischen Feldmarschall Hindenburg, der ausrief: »Mir bekommt der Krieg wie eine Badekur!« Und der dann folgerichtig Hitler auf den Thron hob.

Da aber alle Vergleiche hinken, bieten sich weitere Gehhilfen von klügeren Köpfen an. Bertolt Brecht schrieb: »Der Krieg ist nix als die Geschäfte, und statt mit Käse ist's mit Blei.« Weil Trump mehr auf Atom-U-Boote, Drohnen und den Weltraum setzt, könnte man sagen: Es geht um die Eroberung fremder Märkte durch das Töten fremder Verbraucher. Und wer da zu dumm oder zu gierig ist, einen Knoten aus verschiedenen Problemen diplomatisch aufzulösen, der schlägt dann mit dem Schwert drauf.

Das schlimme an dieser Methode ist, dass sich die Probleme damit noch vermehren. Und was Deutschland besonders interessieren müsste, sind drei aktuelle Szenarien: Wenn Trump Russland erwürgen möchte, zeigt Putin seine Faust. Wenn Trump seine NA-

TO-Spießgesellen in alle »Kreuzzüge gegen die Ungläubigen« einbindet, zeigt auch Peking seine feuerspeienden Drachen. Und wenn zwischen diesen Großmächten keine Vernunft waltet, dann wird Europa die »Knautschzone« dieses Massakers. Drum lässt nun die NATO kleinere Atomwaffen-Kaliber für mittlere Reichweiten entwickeln. Als Kleinkaliber für Fernraketen galt bislang 40-fach Hiroshima. Wenn jetzt an Drohnen mit vierfach Hiroshima gebastelt wird, ist das kein Trost. Da sinkt die Hemmschwelle zum Einsatz! Die Spätfolgen der ersten amerikanischen Tests 1945 in Hiroshima und Nagasaki werden jedes Jahr vor Ort angeprangert. Die deutsche Außenpolitik regiert nach der Devise: »Wir sind wieder wer!« Doch der Mumm reicht nicht mal, den US-Botschafter in Berlin zur Mäßigung aufzufordern. Aber wir »fordern« von Moskau, von Peking, von London, von Athen ... Dabei sind wir überfordert von allem, was heute wichtig ist. Das soll sich aber bessern, sagen Frau Merkel und ihre Minister. Wie sollen wir sonst den von Trump erkorenen Neben-Präsidenten Venezuelas in seinen Palast tragen? Am Ende müssen wir noch unsere Gebirgsjäger vom Hindukusch dort hinjagen! Und Trump weiß doch nicht mal, wo das liegt.

JENS JANSEN

Manche Winter werden heiß

Illustration: Ale Sund

DISPUT März 2019 27

In Blut erstickt

Vor 100 Jahren forderten Streikende in ganz Deutschland die Sozialisierung der Großindustrien und die Verankerung des Rätesystems in der Verfassung VON RONALD FRIEDMANN

ie verfassungsgebende Deutsche Nationalversammlung hatte sich in das idyllische Weimar geflüchtet. Doch der Revolution, deren Flamme noch immer in allen Teilen Deutschlands loderte. konnte sie nicht entkommen. Insbesondere in Oberschlesien, im Ruhrgebiet und im mitteldeutschen Raum war es seit Ende Januar 1919 immer wieder zu großen Streikaktionen gekommen. Es waren drei große Forderungen aus der ersten Phase der Novemberrevolution, die mit den Arbeitsniederlegungen durchgesetzt werden sollten: Die Sozialisierung der Schlüsselindustrien, die Verankerung des Rätesystems in der Verfassung und die Umsetzung der »Hamburger Punkte« vom Dezember 1918, die eine umfassende Demokratisierung der Streitkräfte zum Ziel hatten.

Am 3. März 1919 beschloss die Vollversammlung der Berliner Arbeiterräte mit den Stimmen der Abgesandten von KPD und linker USPD, aber auch mit den Stimmen einer Mehrzahl der sozialdemokratischen Delegierten, die Arbeiter und Angestellten der Reichshauptstadt zum Generalstreik aufzu-

rufen. Delegationen aus mehreren Großbetrieben, die darüber informierten, dass der Streik längst begonnen habe, hatten die bereits seit Tagen andauernden Diskussionen um das weitere Vorgehen beendet. Die »Rote Fahne« vom selben Tag sah bereits den Auftakt zu einer neuen Welle revolutionärer Kämpfe: »Wieder ist die Stunde gekommen. Wieder stehen die Toten auf. Wieder reiten die Niedergerittenen.« Aber die Zeitung warnte auch vor Provokationen und forderte eindringlich: »Höchste Disziplin! Höchste Besonnenheit! Eiserne Ruhe!«

Bis zum Abend war der öffentliche Nahverkehr in Berlin komplett eingestellt, am folgenden Tag, dem 4. März 1919, ruhte in fast allen Betrieben die Arbeit. Die Versorgung der Bevölkerung mit Strom. Gas und Wasser wurde jedoch zunächst aufrechterhalten. Überall in der Stadt kamen große Menschenmengen zusammen, um ihren Forderungen größeren Nachdruck zu verleihen oder auch nur. um sich über den Fortgang des Generalstreiks zu informieren. Vor allem im Scheunenviertel und in der Umgebung des Alexanderplatzes kam es bereits in den Nachmittagsstunden zu ersten bewaffneten Zusammenstößen mit der Polizei. Selbst der sozialdemokratische »Vorwärts«, der noch am 3. März 1919 nachdrücklich vor dem Generalstreik gewarnt hatte, musste in seiner Ausgabe vom 5. März 1919 zugeben, dass die bewaffneten Auseinandersetzungen nicht von den Streikenden ausgelöst worden waren, sondern von »lichtscheuem Gesindel«, also Provokateuren und Spitzeln im Dienste der Polizei.

In dieser Situation verlor die zentrale Streikleitung weitgehend die Kontrolle über den Fortgang der Aktionen. Nicht nur »lichtscheues Gesindel«, sondern auch Arbeiter, Arbeitslose und ehemalige Soldaten und Matrosen, denen das Vorgehen der Streikleitung zu zaghaft war, setzten nun auf den bewaffneten Kampf. Spontan und ohne einheitliche Führung kam es in

der Folge in vielen Teilen der Stadt und insbesondere im sogenannten proletarischen Osten zwischen Alexanderplatz und Lichtenberg zum Bau von Barrikaden und zu Schießereien mit der Polizei.

Noch am 4. März 1919 marschierten Freikorpstruppen unter dem Befehl des sozialdemokratischen Reichswehrministers Gustav Noske in Berlin ein und begannen mit der militärischen Niederschlagung des Generalstreiks und der Niederwerfung der Aufständischen. Nachdem es am 5. März 1919 zu schweren Zusammenstößen mit Angehörigen der Republikanischen Soldatenwehr und der Volksmarinedivision kam, die im Auftrag der Streikleitung gegen Plünderer vorgehen sollten, eskalierte die Situation weiter.

Am 9. März erteilte Noske schließlich den durch kein Gesetz gedeckten Befehl: »Jede Person, die mit Waffen in der Hand gegen Regierungstruppen kämpfend angetroffen werden, ist sofort zu erschießen.« Anlass für diesen Befehl war das Gerücht, dass im Lichtenberger Polizeipräsidium sechzig Polizisten von Aufständischen ermordet worden seien. Allerdings war der Befehl bereits vor Beginn des Generalstreiks formuliert worden, sein Urheber war Waldemar Pabst, der Stabschef der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, der sechs Wochen zuvor die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg befohlen hatte. Noske und seine Freikorps führten nun einen erbarmungslosen Bürgerkrieg gegen die proletarischen Bewohner des östlichen Berlin. Mit Artillerie und schweren Maschinengewehren gingen sie gegen die Wohnquartiere vor.

Am 8. März 1919 wurde der Generalstreik ergebnislos abgebrochen. Am 12. März 1919 musste die letzte Barrikade an der heutigen Frankfurter Alle, Ecke Möllendorfstraße aufgegeben werden. Dem weißen Terror, der noch mehrere Tage andauerte, fielen etwa 2.000 Menschen zum Opfer.





Foto: Rise and Shine Cinema

■ Hi, A.I.

Oma Sakurai braucht Gesellschaft. Ihr Sohn hat ihr den Pflegeroboter Pepper bestellt, ausgestattet mit künstlicher Intelligenz. Dass es mit der nicht allzu weit her ist, stellt sich schnell heraus. Eigentlich soll Pepper sich um Oma Sakurai kümmern, damit sie nicht so schnell dement wird. Diese Zielvorgabe ist schnell erreicht, aber anders als gedacht. Mit seinen verquer gelöteten Chips hält er die Rentnerin auf Trab. Auf Sakurais Angebot, gemeinsam ein Lied zu singen, antwortet er: »Habt ihr sonst nichts zu tun?« Dann legt er den Kopf in den Silikonnacken und starrt an die Decke. Sakurai wird klar, es handelt sich hier um einen verzogenen Enkel. Und so wird Pepper recht schnell als leicht missratenes Familienmitglied integriert.

Isa Willingers Dokumentarfilm über Roboter als Alltagsgefährten ist ein grandioser Film darüber, wie autonome Technik in den menschlichen Alltag sickert. Kompatibilität geht so, Datenschutz na ja. Usability gewöhnungsbedürftig. Denn da ist ja auch noch der Texaner Chuck mit seiner Beziehungsroboterin Harmony. Die ist schon fabrikfrisch eine Prinzessin »Ihre Haare sind sehr elektrostatisch«, erklärt der Techniker. »Am besten benutzt du ordentlich Haarspray, sonst klebt die Frisur überall fest.« Sein Tipp: »Bei einer K.I. musst du deine Sätze knapp und pointiert halten.« Nur die vernetzte Harmony weiß nichts davon. Bietet man ihr einen Kaffee an, antwortet sie gern mit einem Referat über Existenzphilosophie. Fazit: Absolut sehenswert! Da ist man gespannt, wie der erste Politikautomat arbeitet. Obwohl, vielleicht ist der

ja schon längst im Einsatz ... → Kinostart: 7. März 2019

Of Fathers and Sons

Um Kampfmaschinen geht es in Talal Derkis Film über die Ausbildung islamistischer Soldaten in Syrien. Zwei Jahre lebte er mit der Kamera in der Familie des 13-iährigen Osama, dessen Vater zu den Führungskadern der Al-Nusra-Front gehört. Koranstudium statt Matheunterricht, Krieg statt Fußball: Ausbildung fürs kommende Kalifat. Derki berichtet vom brutalen Alltag, in dem es außer Töten kein Thema gibt. Das macht sich nicht nur im Spiel der Kinder bemerkbar. das wird auch ganz konkret: Wenn Osamas Vater als Heckenschütze auf der Lauer liegt. Aber immer wieder sträubt sich der Junge gegen die rabiaten Vorschriften. »Wir brauchen Grips«, sagt er, »um Sachen zu verstehen«. Für diesen mehr als außergewöhnlichen Film ist der Berliner Regis-

rür diesen niehr als aubergewöhllichen Film ist der Berliner Regisseur in sein Heimatland Syrien zurück, gab sich als Anhänger der
Salafisten aus und gewann das
Vertrauen der radikalen Familie. Eine Welt, die sich keiner ernsthaft
wünschen kann. Er sagt: »Ich hoffe, dass der Film mehr Verständnis
für mein Land weckt und zum Frieden in der Zukunft beiträgt.«
Ich auch.

→ Kinostart: 21. März 2019



DER EIGENTLICHE KRIMI IST DIE REALITÄT

GELESEN VON INGRID FEIX

INTERNETZENSUR

»Die geplante Reform des Urheberrechts gefährdet das freie Internet. Die Verlagslobby hat sich voll durchgesetzt. Ich erwarte von der Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD, ihren Koalitionsvertrag einzuhalten und die geplanten Uploadfilter abzulehnen«, erklärt Niema Movassat, Obmann im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz für die Fraktion DIE LINKE, zur Vereinbarung von Unterhändlern aus EU-Parlament und EU-Staaten bezüglich des Urheberrechts. Movassat weiter: »Artikel 13 der geplanten Richtlinie führt faktisch zur Verpflichtung, dass auch kleinere Plattformen teure Uploadfilter einrichten müssten, wenn sie nicht Lizenzen von allen Rechteinhabern auf der Welt einkaufen wollen. Kleinere Start-Ups weltweit werden damit abhängig von großen Playern wie Youtube, die solche Software anbieten. Zudem wird der Zensur im Internet Vorschub geleistet«.

KÜNSTLERNACHLÄSSE

Zum Tagesordnungspunkt »Künstlernachlässe« auf der Klausurtagung der Linksfraktion MV erklärte die kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Eva-Maria Kröger: »Wenn Künstlerinnen oder Künstler sterben, bleiben oft Angehörige und Freunde zu-

ür mich ist Schreiben eine Art Protest, es inspiriert mich, mich für etwas einzusetzen«, antwortete der Nigerianer Helon Habila auf die Frage, warum er schreibe. Wofür oder wogegen sich der 1967 geborene und in den USA lebende Autor in diesem »Kriminalroman« einsetzt, ist der brutale Ausverkauf des Reichtums seiner afrikanischen Heimat an ausländische Ölgesellschaften. Und es zeigt sich auch, der eigentliche Krimi ist die Realität. Die Frau eines hochrangigen Geschäftsmannes eines britischen Ölkonzerns wird von Rebellen entführt. Wenn alles gut läuft, sind Journalisten die einzigen Personen, denen die Entführer ihre Motive und Lösegeldforderungen erläutern. Und so bekommt Rufus, ein junger Journalist aus Port Hancourt im Nigerdelta, die Möglichkeit, sich auf die Suche nach der Frau und ihren Entführern zu machen. Ein gefährliches Unternehmen, denn erst kurz zuvor überlebte einer der hoffnungsvollsten Journalisten eine solche Aktion nicht. An der Seite seines ehemaligen Lehrers und Vorbilds Zaq, eines inzwischen heruntergekommenen Starreporters, wittert Rufus die Chance, eine große Geschichte schreiben zu können. Was er allerdings unterwegs antrifft, sind brennende Dörfer, eine verwüstete Umwelt, enttäuschte Hoffnungen, Armut und Gewalt, Rebellen, die gegen die Ölgesellschaften kämpfen und eine brutale Armee, die gegen alle vorgeht, die verdächtig sind, den Rebellen zu helfen. Der Wohlstand, der der armen Landbevölkerung einst von den Ölgesellschaften versprochen wurde, hat sich ins Gegenteil verkehrt. Ohne Rücksicht auf das Leben der Bevölkerung und ihre Kultur machen sie ihre Geschäfte, unter den Augen korrupter Politiker. »Selten war ein Kriminalroman so poetisch und so notwendig«, lautet das Urteil der »Zeit«, dem kann man sich wirklich anschließen.

Helon Habila Öl auf Wasser Kriminalroman Aus dem Englischen von Thomas Brückner Unionsverlag 256 Seiten, 12,95 Euro rück, die weder das Fachwissen noch die räumlichen Möglichkeiten haben. sich mit dem künstlerischen Erbe auseinanderzusetzen. Sie sind nicht in der Lage, es zu sortieren, zu ordnen und aufzubewahren.« Die Museen im Land hielten sich in der Frage sehr zurück. Zu groß und zu teuer, sei dabei das Hauptargument, da gerade die Werke der bildenden Künstler wie Bilder, Grafiken, Skulpturen, Fotografien. Skizzen und Modelle einen enormen Platzbedarf haben. »Daran sollte es jedoch nicht scheitern - Platz haben wir im Land genug«, so Kröger. Die öffentliche Hand müsse bei der Erhaltung von Nachlässen eine größere Rolle spielen, forderte Kröger.

VERDIENSTORDEN

Der Staatssekretär für Kultur des Landes Berlin, Torsten Wöhlert, überreichte am 18. Februar 2019 der Schauspielerin und Sängerin Anna Loos den Verdienstorden des Landes Berlin. Staatssekretär Wöhlert betonte in seiner Laudatio, dass das Land Berlin der Überzeugung ist, dass sie sich mit ihrem vielfältigen künstlerischen und hierbei im Besonderen mit ihrem filmischen Schaffen um das Land Berlin verdient gemacht habe. Frau Loos nutze ihre mediale Präsenz auch für wahrnehmbares bürgerschaftliches Engagement.

ügenmedien« und »Lügenpresse« wiederholt die AfD fast stereotyp, vor allem wenn es um Berichte über Flüchtlingsfragen oder um sie selbst geht. Präsident Trump stellt ähnliche Behauptungen auf. Natürlich sollte man mit Medien auch kritisch umgehen, doch diese Aussagen sind selbst verlogen. Das eigentliche Problem sind eindeutig die Lügen der Politik. Und sie sind gerade in der Politik kreuzgefährlich. »Aus der Lüge kann kein Leben erblühen, und Gott kann nicht gerettet werden durch den Teufel«, meinte Heinrich Heine. Doch so sehr Heine Recht hatte, es muss auch an den polnischen Aphoristiker Stanislaw Jerzy Lec erinnert werden: »Lügen haben kurze Beine, verstehen es aber vorzüglich, sie zu stellen.« Die politischen Lügen sind hochaktuell, und ich werde nicht über die Lügen der Vergangenheit schreiben, die Kriege, Mord oder ekelhaften Rassismus vorbereitet hatten. Leserinnen und Leser dieser Zeitschrift kennen sie zur Genüge. Ich bleibe ausschließlich bei Behauptungen und Entscheidungen der Gegenwart, die mich täglich mehr beunruhigen. Wie sehr hatten mich und Millionen

re Rüstung zwischen den USA und der Sowjetunion in Europa alarmiert. Ihre Beendigung mit dem INF-Vertrag durch Gorbatschow und Reagan war für uns eines der größten Hoffnungssignale. Doch Trump kündigte ihn mit seinen unbewiesenen Vorwürfen gegen Russland, statt wie eben Gorbatschow und Reagan zu verhandeln und mögliche Differenzen diplomatisch auszuräumen. »Pacta sunt servanda« (Verträge sind einzuhalten) ist für Trump kein Grundprinzip des Völkerrechts. Gegenüber dem Iran hatte er es vorher bereits gezeigt. Ich setze fort: Es gibt keinen Grund, sich mit dem syrischen Regime zu solidarisieren oder zu leugnen, dass in seinen Gefängnissen gefoltert wird. Zur Wahrheit muss aber auch gehören, dass gerade die USA Gefangene nach dem 11. September 2001 nach Syrien gebracht haben, eben weil sie dort gefoltert werden konnten. Es sind allerdings nicht nur die USA, die mit Lügen

Menschen vor Jahrzehnten die atoma-

oder Halbwahrheiten Politik machen. Die Unterstützung von westlichen Raketenangriffen auf Syrien und die russischen Truppen dort (darüber hatte ich im vergangenen Jahr geschrieben), wurde auch von der Bundesregierung mit Unwahrheiten erklärt. Und die westlichen Sanktionen gegen Russland wurden wieder verstärkt, statt Dialog, Entspannung und gemeinsame Lösungen für die Ukraine zu suchen. Miteinander und Gemeinsamkeiten sind nicht nur gegenüber Russland, sondern auch im Westen selbst inzwischen Fremdworte geworden.

Ich bin leider nicht am Ende. Mit der Erklärung des nationalen Notstands will Trump seine Mauer gegen Mexiko finanzieren. Nie hätte ich gedacht, dass ich ausgerechnet Reagan gegen Trump zitieren würde, als er von Gorbatschow forderte, die Mauer wegzureißen. Doch Trump sieht inzwischen auch europäische Exporte, darunter Fahrzeuge, als »nationale Bedrohung« für die USA. Statt Verhandlungen oder - noch besser - wirtschaftlicher und sozialer Politik für die USA werden nun die eigenen Verbündeten bedroht. Wer hätte vor drei Jahrzehnten gedacht, dass nicht atomare und andere Rüstung, sondern Autos die nationale Bedrohung darstellen?

Nun werde ich innenpolitisch und nicht so dramatisch, doch problematisch sehe ich es doch. Ich bin froh, dass die SPD soziale Positionen wieder entdeckt, doch das Bürgergeld statt Hartz IV ist für mich nur ein Synonym. Und wenn die Grünen dort die SPD links überholen wollen, aber nicht darüber sprechen, dass sie Hartz IV mitgetragen haben, lässt das bei mir kaum soziale Hoffnung aufkommen. Es ist keine Frage für mich, dass der Kohleausstieg erforderlich ist. Ich kenne aber auch die Entwicklung in der Lausitz und anderen Kohleregionen sehr gut. Sicherlich, es wird finanzielle Unterstützung geben, doch jede und jeder, der dort lebt und arbeitet, hat fast drei Jahrzehnte sehen müssen, dass wirtschaftliche und arbeitspolitische Alternativen nicht geschaffen wurden und erneut nicht glaubwürdig sind. Dazu wären gesellschaftspolitische Veränderungen notwendig, die die Regierungsparteien verhindern.



ANDRÉ BRIE

Politische Verlogenheit

Foto: DIE LINKE

32 Einleitung

IV

Zeitlicher Abstand ist, wie Historiker sich gerne einreden, ein Allheilmittel. Er gestattet die Distanz und die Perspektive, die gemeinhin als die Tugenden dieser Disziplin gerühmt werden. Das hängt jedoch davon ab, wohin der Verlauf der Zeit einen führt. Die Geschichtsschreibung kann der Geschichte nicht entkommen, die sie zu rekonstruieren versucht. Sachdienlich ist nicht die Frage, wie viel Zeit vergangen sein muss, ehe man Geschichte schreiben kann, sondern was in der Zwischenzeit passiert ist und welche Ereignisse zum Zeitpunkt des Verfassens als Nächste zu erwarten sind. Das vorliegende Buch wäre etwa einfacher zu schreiben gewesen und hätte womöglich klarere Schlussfolgerungen enthalten, wenn man es noch näher an den Ereignissen beendet hätte, von denen es ausgeht. Unter Umständen wird es leichter fallen, in weiteren zehn Jahren ein vergleichbares Buch zu schreiben, allerdings wäre das in Anbetracht des derzeitigen Laufs der Dinge allzu optimistisch. Gewiss ist der zehnte Jahrestag der Krise von 2008 kein angenehmer Ausgangspunkt für einen linksliberalen Historiker, dessen persönliche Loyalitäten zwischen England, Deutschland, der »Insel Manhattan« und der EU geteilt sind. Es hätte allerdings auch noch schlimmer kommen können. Ein Buch zum zehnjährigen Jubiläum des Börsenkrachs von 1929 wäre im Jahr 1939 erschienen. So weit sind wir noch nicht. Aber wir befinden uns zweifellos an einem unbequemeren und besorgniserregenderen Punkt, als wir uns vor Ausbruch der Krise hätten träumen lassen.

Zu den vielen Symptomen der Unruhe und Krise, mit denen wir es im Zuge des Sieges von Donald Trump zu tun haben, zählt die außerordentlich ungehobelte Variante der postfaktischen Politik, die er personifiziert. Er sagt nicht die Wahrheit. Er sagt nichts Vernünftiges. Er redet nicht einmal zusammenhängend. Die Regierungsmacht scheint losgelöst von den Grundwerten der Vernunft, logischen Konsequenz und faktischer Evidenz. Was hat diesen Niedergang ausgelöst? Man kann dafür einen ganzen Komplex an Faktoren ausmachen. Mit Sicherheit spielen skrupellose Demagogie, der Verfall der Massenkultur und die in sich geschlossene Welt des Kabelfernsehens und der sozialen Medien eine wichtige Rolle, genau wie Trumps Charakter. Unseren derzeitigen Zustand eines postfaktischen Umfelds allein auf Trump und seine Helfershelfer zurückzuführen hieße jedoch, einem weiteren Irr-

Adam Tooze

Crashed Wie zehn Jahre Finanzkrise die Welt verändert haben

Siedler Verlag München September 2018 800 Seiten, 34 Euro ISBN 978-3-8275-0085-4

